



► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.



Europäische Akademie Berlin

– Forschungsstelle **Osteuropa**

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Gefördert
durch die

Bundeszentrale für
politische Bildung

Äpfel, Birnen und Osteuropa: Vergleichsdesigns und -befunde zu einer divergenten Region

Beiträge für die 21. Tagung Junger Osteuropa-Experten

Herausgeben von

Anna Buschmann, Björn Buß und Nele Quecke

Kompetenznetz „Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus“

www.kompost.lmu.de; kompost@lmu.de

Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität München

Oettingenstr. 67; D-80538 Muenchen

Tel. -49-(0)89-2180-9066; Fax -49-(0)89-2180-9032

Inhalt

Natalia Anisimova

Konvergenzen und Divergenzen in Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit in Osteuropa	5
--	---

Dirk Arnold

Medienregulierung in Osteuropa. Instrumente und Formen im Wandel.....	7
---	---

Malika Bashirova

Adaptation einer migrierten Religion im fremden Umfeld	9
--	---

Lisa Bonn

Ethnozentrische Protestbewegungen in Polen und Ungarn unter besonderer Berücksichtigung ihres gesellschaftspolitischen Kontextes	10
---	----

Laia Castro Herrero, David Nicolas Hopmann, Sven Engesser

Parties, Ideology, and News Media in Central-Eastern and Western Europe: A Comparison of Media Bias 20 Years after the Iron Curtain Fell	12
---	----

Anton Formin

Die innere Politik der Staaten im Raum der ehemaligen Sowjetunion. Gewalt und Protestbewegung: Wo liegen die Grenze der Vergleichbarkeit?	16
--	----

Cornelia Göls

Opposition in Ost und West. Strategien von Nichtregierungsparteien im Kontext aktueller Demokratie-Gefährdungen	17
--	----

Katharina Illiushchenia

Liberalizing the Electricity Market in Ukraine and Meeting the Requirements of the Energy Community Treaty	18
---	----

Artem Iovenko

Nationale Identität und außenpolitische Orientierung im Staatsbildungsprozess der Republik Moldau und der Ukraine.....	20
---	----

Daniela Javorics

Möglichkeiten und Grenzen eines Vergleichs am Beispiel Österreich und Ungarn in der Zwischenkriegszeit	22
---	----

Anne Jürgens

Russischsprachige Bevölkerung in Osteuropa– von der Titularnation zur Minderheit.....	24
--	----

Martin Koschkar, Christian Nestler

Weltoffenheit wagen – Intraregionale Vernetzung von Städten nach 1989.....	26
--	----

Yaman Kouli

Die materielle Illusion <i>oder</i> ohne Wissen ist alles nichts – Die industrielle Entwicklung Niederschlesiens 1936-1956	28
---	----

Vadim Kufenko

The Median Voter Theorem for Russia and Central Asia: Income Inequality and Empirical Determinants of Protests	29
---	----

<i>Sofija Kusmane</i> Creating Space in New Residential Areas in Riga: Urban Design and City Planning in the USSR, 1954-1985	30
<i>Grzegorz Lisek</i> Sprachpolitik als Vergleichsgröße für Polen und Deutschland. Effektivität und Begründungen einer Sprachgesetzgebung	31
<i>Carola S. Neugebauer</i> „Sozialräumlicher Wandel“ und „Wirkungen des UNESCO-Weltkulturerbestatus“ Retrospektive zu zwei Projekten vergleichender Stadtforschung in Mittel-Osteuropa	33
<i>Christina Plank, Alina Brad</i> Socio-Ecological Conflicts compared: Biofuels in Ukraine and Indonesia	35
<i>Magdalena Ploch</i> Telewizja Polska S.A.: Vom Staatssender zum öffentlichen Rundfunk im Sinne einer demokratischen, partizipatorischen Media Governance?.....	36
<i>Irina Pohlan</i> Geistes- und sozialwissenschaftliche Diskurse und Kulturen als Translationsproblem.....	38
<i>Anastasia Rachmann</i> Die Rolle der EU in der Konfliktbeilegung im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP): ein Vergleich des EU Einsatzes in der Süd- und der Ostdimension der ENP.....	40
<i>Stefanie Rämmeler</i> Welchen Einfluss haben Polizeiemissionen? Bosnien-Herzegowina und Mazedonien im Vergleich	41
<i>Christoph Schnellbach</i> Transfer, Diffusion oder differenzierte Integration? Die europäische Roma-Politik nach der EU-Osterweiterung.....	42
<i>André Schultz, Vladimir Kozlov, Alexander Libman</i> Judicial Alignment and Criminal Justice: Evidence from Russian Courts.....	44
<i>André Schultz</i> A Political Perspective on the Sub-national Expansion of Mobile Capital.....	45
<i>Esther Somfalvy</i> Mehr als demokratische Fassade. Parlamente und ihre Funktionen in Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisistan und der Ukraine	46
<i>Jan Karol Szczepański</i> Development of Tax Law in Transformation States - <i>casus</i> Poland.....	47
<i>Emily Tamkin</i> Lie not by the Law: From Eastern Bloc Legal Dissidence to Rule of Law Today.....	48
<i>Tatsiana Vaitulevich</i> The Return of Former Forced Labourers to their Home Countries (the Cases of the Netherlands and Belarus).....	49

<i>Michal Vít</i>	
The Transnationalization of National Identities of the Political Parties in the CEE region since 1989	50
<i>Agnieszka Zagańczyk-Neufeld</i>	
Diskurse vergleichen. Ein methodologischer Vorschlag	51
Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	53

Konvergenzen und Divergenzen in Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit in Osteuropa

Verfassungsgerichte wurden in Osteuropa nach den Umbrüchen der 1989/1990er Jahre als neue Instrumente zum Menschenrechtsschutz und zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit etabliert. Trotz des Umstandes, dass die Ausgangssituationen in den meisten Ländern der Region ähnlich waren, sind wesentliche Unterschiede in Entwicklung und Gestaltung dieser wichtigen Verfassungsorgane festzustellen:

a) Der Polnische Verfassungsgerichtshof wurde schon 1986 errichtet, bis zum Jahre 1997 wurde er aber nicht mit der Kompetenz ausgestattet, über die Verfassungsklagen seiner Bürger zu entscheiden. Mit der Verabschiedung der neuen demokratischen Verfassung und des neuen Verfassungsgerichtsgesetzes¹ wurde dieses wichtige Instrument zum Schutz der Menschenrechte in Polen eingeführt. In einigen (wenigen) osteuropäischen Ländern ist es aber immer noch nicht der Fall, wie etwa in der Ukraine. Diese Tatsache kann teilweise mit den beim Aufbau der Staatlichkeit aufgetretenen Schwierigkeiten politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Art erklärt werden. Das andere Argument, dass die Bevölkerung einfach dazu nicht bereit wäre, scheint aber hinfällig zu sein.

b) Weiterhin hat sich die Verfassungsgerichtsbarkeit in manchen osteuropäischen Ländern so entwickelt, dass die Verfassungsgerichte nur für die Überprüfung der normativen Rechtsakte im Rahmen der Verfassungsklage zuständig sind, wie z.B. in Russland² und in Polen³. Das bedeutet, dass menschenrechtsverletzende Akte der Exekutive von einer verfassungsrechtlichen Kontrolle ausgeschlossen sind, was für die Sicherung der Rechtsstaatlichkeit gefährlich sein kann. In Polen ist dies durch das Vorhanden der Verwaltungsgerichte ausgeglichen, in Russland dagegen nicht. Daher lässt sich die Frage stellen, welche Sonderkonstellationen im letzten Land vorhanden sind, die einen effizienten Schutz gegen Missbrauch der Exekutive verhindern.

c) Weitere Beispiele für Divergenzen in Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit in Osteuropa, die sich im Laufe der Zeit vertiefen, sind etwa den Bereichen Wahlrecht, Steuerrecht, rechtliche Stellung der Ausländer zuzuordnen. Die Verfassungsgerichte in verschiedenen osteuropäischen Ländern legen immer unterschiedlicher die Gesetze zum gleichen Thema aus. Darüber hinaus ändern die Gerichte im Laufe der Zeit ihre Standpunkte oder die Argumentationen; es kommt zu den Widersprüchen ihrer letzten Entscheidungen mit den früheren gleich verbindlichen Urteilen. Ein Beispiel dafür wäre die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtes der Russischen Föderation der letzten 15-20 Jahren zur Frage Gouverneurswahl bzw. zum Problem der Einmischung des föderalen Gesetzgebers in die Rechtsregelung der regionalen Parlamentswahlen.⁴ Die Inkonsequenz der Verfassungsrechtsprechung zu solchen wichtigen Verfassungsfragen ist besonders kritisch zu betrachten.

Zugleich sind in der heutigen Verfassungswirklichkeit Osteuropas trotz unterschiedlicher Rahmenbedingungen mehrere Ähnlichkeiten im betrachteten Bereich festzustellen:

a) Ein gemeinsames Problem für die ganze Region ist das beträchtliche Misstrauen der Bürger gegenüber der Wiederherstellung der Gerechtigkeit mittels Verfassungsgerichtsentscheidungen. Dieser Umstand kann damit erklärt werden, dass nach der Wende zu hohe Erwartungen auf die Verfassungsgerichte gesetzt wurden, die sie nicht im Stande waren zu erfüllen. Außerdem ist es wichtig aufzudecken, welche anderen Hindernisse auf dem Weg zur Steigerung vom praktischen Optimismus von Osteuropäer stehen.

b) Weiterhin haben mehrere Verfassungsgerichte Osteuropas in den letzten zwei Jahrzehnten ans Problem gestoßen, dass ihre Entscheidungen von den anderen Verfassungsorganen nicht ordnungsgemäß akzeptiert werden. Dies betrifft z.B. Tschechien, wo das Oberste Gericht mehrmals die verbindlichen Urteile des Verfassungsgerichtes ignoriert hat. Diese Materie ist aber kein rein osteuropäisches Problem und hängt u.a. mit der allgemeinen Abwandlung des Begriffs „Endgültigkeit“ der

¹ Verfassung der Polnischen Republik vom 2. April 1997 // <http://www.sejm.gov.pl/prawo/konst/polski/kon1.htm>; Gesetz über den Verfassungsgerichtshof vom 1. August 1997 // Dz. U. Nr 102, poz. 643.

² Art. 125 Abs. 4 Verfassung RF i.V.m. Art. 3 Nr. 3 Russ. Verfassungsgerichtsgesetzes.

³ Art. 79 Abs. 1 Polnischer Verfassung i.V.m. Art. 47 Abs. 1 Nr. 1 Poln. Verfassungsgerichtsgesetzes.

⁴ Einschl. seine Entscheidung vom 24.12.2012 N 32-P // SZ RF, 2012, N 53-2, 8062.

Verfassungsgerichtsentscheidungen zusammen. Es gibt aber Umstände, die das Problem gerade in Osteuropa verschärfen. Insbesondere für diese Region ist die Nicht-Einhaltung anderer Verfassungsorgane an die leitenden Urteile der Verfassungsgerichte gefährlich.

Schließlich ist zu betonen, dass einige interessante Phänomene, die in manchen osteuropäischen Ländern auftreten, z.B. das Gesetzesinitiativrecht beim Russischen Verfassungsgericht¹, unverdient zu wenig untersucht worden sind. Daher ist auch diese Frage auf das Diskussionspodium zu bringen.

¹ Art. 104 Abs. 1 S. 2 Verfassung RF i.V.m. Art. 3 Nr. 6 Russ. Verfassungsgerichtsgesetzes.

Medienregulierung in Osteuropa. Instrumente und Formen im Wandel

Der Tagungsbeitrag zeigt für zehn ost- und südosteuropäische Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU)¹ auf, wie diese mit dem aktuellen Wandel von Medienstrukturen umgehen, welcher durch die Bedeutungszunahme digitaler Kommunikations- und Mediendienste einerseits sowie auf Grund des wachsenden Einflusses supranationaler Institutionen wie der EU andererseits evoziert wird. Es interessiert, wie die osteuropäischen Staaten die für die öffentliche Kommunikation relevanten Medien regulieren. Damit verbunden ist die Annahme, dass Massenmedien auch in Zeiten technischer Konvergenz und der Verbreitung des Internets eine publizistische Aufgabe zu erfüllen haben, nämlich Selbstverständigungsprozesse über Werte und Ziele in der Gesellschaft durch vielfältige und qualitativen Kriterien entsprechende Beiträge zu ermöglichen. Mit der Aufrechterhaltung dieser Funktion legitimieren Staaten, dass sie Einfluss in Form von „specific, often legally binding, tools that are deployed on the media to achieve established policy goals“ (Freedman 2008: 14) ausüben. Hierzu gehören Maßnahmen, die direkt auf die Medieninhalte abzielen (inhaltliche Anforderungen und Verbote z.B. durch Mediendienstegeetze), und Maßnahmen, die auf die Medienstruktur Einfluss nehmen. Zu Letzteren gehören u. a. die Erteilung von Lizenzen, die finanzielle Unterstützung von Medien, medienspezifische Konzentrationsvorschriften. Medienstrukturveränderungen erfolgen zudem, wenn es öffentlichen Rundfunkanbietern erlaubt wird, ihr Angebotsspektrum auf das Internet auszuweiten.

Das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse besteht darin zu analysieren, mit welchen konkreten Regulierungsinstrumenten (allgemein verbindlich erklärte Regeln und Entscheidungen) und Regulierungsformen (Umsetzung durch staatliche wie private Regulierungsakteure) die gewählten zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf traditionelle wie auch auf Online-Medien einwirken.

Bei der Länderauswahl liegt der Fokus auf den vormals kommunistischen Staaten Osteuropas, die auch zwanzig Jahre nach dem gesellschaftlichen und politischen Wandel immer noch vorrangig im Rahmen von Transformationsstudien untersucht werden. In der vergleichenden Mediensystemforschung werden sie bislang nicht genügend berücksichtigt.

So untersuchen Hallin/Mancini (2004) in ihrer Studie „Comparing Media Systems“, die häufig für die Auswahl von Untersuchungsländern herangezogen wird, nur westeuropäische Staaten sowie die USA und Kanada. Fraglich ist, inwieweit die osteuropäischen Mitgliedsländer einem Mediensystemtyp zugeordnet werden können. Jakubowicz/Sükösd (2008: 21 f.) verweisen darauf, dass die zentralen osteuropäischen Länder sich untereinander unterscheiden und sich für alle drei von Hallin/Mancini vorgeschlagenen Modellgruppen Vertreter aus Osteuropa finden ließen. Sie führen dies darauf zurück, dass „in any case, post-communist countries themselves wanted to build their new media systems (...) by putting together a patchwork of ideas and solutions for democratizing the media from various sources.“

Als theoretische Basis dienen neben Mediensystemklassifikationen Institutionen- und Ideenorientierte Regulierungstheorien. Methodisch basiert das Projekt auf einer qualitativen Dokumentenanalyse mit deren Hilfe die Medienregulierungsmaßnahmen sowohl deskriptiv als auch quantitativ erfasst werden.

Der Ländervergleich verdeutlicht, dass der Einfluss der EU in gewisser Weise zu einer Angleichung der nationalen Medienregulierungen geführt hat. Osteuropäische Länder wie Ungarn haben ihre Mediengesetzgebung erst auf Druck der EU-Kommission geändert. Auch wenn sich die EU „als eine Art „Überregulierer“ gegenüber den Mitgliedstaaten“ (Kleinstüber 2011: 11) etabliert hat, sind vor allem hinsichtlich Anwendung und Umsetzung immer noch Unterschiede und nationale Besonderheiten zu erkennen. Beispielsweise ist in Bulgarien und Ungarn die Bedeutung informellen Handelns und der Einfluss von Partikularinteressen hoch. In Rumänien und Slowenien ist die Mediengesetzgebung zwar sehr detailliert und restriktiv, jedoch sind die Aufsichtsbehörden nicht sehr effektiv. Für Estland wiederum ist eine starke medienpolitische Zurückhaltung typisch.

¹ Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn

Literatur

- Freedman, Des (2008): The Politics of Media Policy. Cambridge: Polity Press.
- Hallin, Daniel C./Mancini, Paolo (2004): Comparing Media Systems: Three Models of Media and Politics. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jakubowicz, Karol/Sükösd, Miklós (2008): Twelve Concepts Regarding Media System Evolution and Democratization in Post-Communist Societies. In: Jakubowicz, Karol/Sükösd, Miklos (ed.): Finding the Right Place on the Map: Central and Eastern European Media Change in Global Perspective. London: Intellect Books, 9-40.
- Kleinstauber, Hans J. (2011): Zur Einleitung. Kleinstauber, Hans J./Nehls, Sabine (Hg.): Media Governance in Europa: Regulierung - Partizipation - Mitbestimmung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag, 9-21.

Adaptation einer migrierten Religion im fremden Umfeld

In der Zeit der Globalisierung und vor allem der globalen internationalen Migration, ist es gerechtfertigt, über einen gewissen Wandel zu sprechen, der alle Bereiche des menschlichen Lebens betrifft. Dabei geht es um einen Wandel der Denkweise, der Handlungsart und in manchen Fällen sogar der Werte. Es ist durchaus möglich, diese Tatsache aus vielen verschiedenen Perspektiven zu betrachten: psychologische, kulturelle oder sozial-politische Blickwinkel. Dieser Beitrag konzentriert sich auf einen Aspekt kultureller Wandlung, nämlich auf den der Religion.

Verglichen werden soll der Prozess der Adaptation einer konkreten Religion (Konfession), nämlich Katholizismus in Kirgisistan und Islam in Deutschland. Dabei lautet die Fragestellung: In welchen Aspekten verläuft dieser Prozess in beiden Ländern ähnlich und in welchen unterschiedlich? Warum führte der erste Fall (Katholizismus in Kirgisistan) bis zum heutigen Zeitpunkt zu keinen Konfliktsituationen wohingegen der zweite Fall (Islam in Deutschland) als „schwierige Situation“ bezeichnet wird?

Das Ziel dieser studentischen Forschung ist, die Vergleichseinheit – Adaptation der migrierten Religion in einem qualitativ anderen Umfeld – in drei Dimensionen zu betrachten.

1. Psychologische Dimension

Dabei soll die Wandlung traditionell und religiös geprägter Werte bei den einzelnen Menschen (Migranten) und deren Schwierigkeiten betrachtet und verglichen werden. Wichtig dabei ist zu betonen, dass sich die Menschen in psychologischer Hinsicht auf gleicher Weise zu neuem Umfeld adaptieren, unabhängig davon, von welchem und in welchen Kulturkreis sie migrieren. Der religiöse Aspekt soll in den Stufen der psychologischen Adaptation betrachtet werden (H.C. Triandis, Cultural and social behavior, 2007 u.a.).

2. Historisch-Kulturelle Dimension

Als Schwerpunkt in diesem Feld sollen die bestimmten Mentalitätszüge und kulturellen Unterschiede der heimischen und der migrierten Gesellschaft betrachtet werden, aber auch der historische Hintergrund (z.B. sowjetische Vergangenheit Kirgisistans und Teilung Deutschlands). Dadurch wird ermöglicht, die heutigen kulturellen Prozesse und Ereignisse, die weiterhin zur Geschichte des Landes gehören, besser verstehen und nachvollziehen zu können (A.Yarkov, Überblick der Geschichte der Religionen in Kirgisistan, 2002; www.catholic-kyrgyzstan.org; www.bpb.de; www.islam.de; <http://www.politische-bildung.de> u.a.).

3. Sozial-politischer Aspekt

In diesem Bereich soll es darum gehen, inwiefern die soziale Struktur eines Staates (z.B. Migrationspolitik inkl. Formalitäten) die Religion und deren Wandel beeinflussen beziehungsweise fördern kann. Als Objekt dieses Teils der studentischen Forschung können sowohl religiöse Organisationen, als auch einzelne religiöse Minderheiten und ethnische Gruppen auftreten. Um der Richtlinie der Forschung zu folgen, und den obengenannten Themenfeldern eine logische Fortsetzung zu geben, konzentriere ich mich auf die Einstellung des Staates zur Religion der Migranten. Wichtige Informationsquellen dazu sind die Verfassungen beider Staaten, Beschreibung staatlicher Projekte zum Themenfeld „Migration-Religion-Integration“ u.a.

Ethnozentrische Protestbewegungen in Polen und Ungarn unter besonderer Berücksichtigung ihres gesellschaftspolitischen Kontextes

Ähnlich wie die ungarische ist auch die polnische Gesellschaft tief gespalten. Dies zeigt sich unter anderem an der starken Polarisierung der politischen Öffentlichkeit, in der sich zwei Lager unversöhnlich gegenüber stehen. In beiden Ländern gelingt es vor allem Parteien und Medien unterschiedlicher Rechtsschattierungen, die öffentliche Debatte mit populistischen Invektiven und ethnozentrisch aufgeladenen Schuldzuweisungen zu dominieren und als Protestbewegung gegen das Establishment aufzutreten, das für die gegenwärtige Gesellschaftsordnung und deren problematische Seiten verantwortlich gemacht wird. Es liegt nahe, in diesem Aufbegehren im polnischen Fall vor allem einen durch die sozialen Kosten der Transformation ausgelösten „Ärger“¹ zu sehen und im ungarischen Fall eine Reaktion auf die politische Krise 2006 und die massive Haushalts- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre. Allerdings gibt es in beiden Fällen gute Argumente für und gegen die These, dass rechte Bewegungen in erster Linie von „Modernisierungsverlierern“² getragen werden: So hat einerseits das soziale Gefälle zwischen urbanen Zentren und ländlicher Peripherie in beiden Ländern stark zugenommen und korrespondiert auch bis zu einem gewissen Grad mit dem Wahlverhalten. Andererseits weist weder die soziale Zusammensetzung der an den Bewegungen aktiv Beteiligten darauf hin, dass es sich hierbei um eine Organisation der von Armut besonders Betroffenen handelt, noch lässt sich unter den sozialen Gruppen, die eindeutig als Transformationsverlierer gelten können, eine auffällige Tendenz zu rechtem Wahlverhalten nachweisen.

Vor diesem Hintergrund schlage ich vor, die ethnozentrischen Argumentationsschablonen rechtspopulistischer Bewegungen in Polen und Ungarn als Deutungsmuster gesellschaftlicher Wirklichkeit zu interpretieren, mit denen sich an alte Gewissheiten anknüpfen und der aktuellen Situation ein kollektiver Sinn abgewinnen lässt. Als eine solche Sinn generierende Interpretation kann im polnischen Fall der im Umkreis der PiS-Partei häufig geäußerte Vorwurf gelten, die liberalen Eliten des Landes setzten letztlich die anti-nationale, gegen alle aufrechten Katholiken gerichtete Unterdrückungspolitik der Kommunisten fort. Dabei wird die Vorstellung eines authentischen und seit langem verfolgten Polentums zur Identifikation angeboten. Auch im rechtsnationalen Diskurs in Ungarn wird scharf polarisierend zwischen anti-nationalen und nationalen Kräften unterschieden und ein „wahres“, unbedingt zu verteidigendes Ungarntum ins Feld geführt.

Neben solchen Ähnlichkeit hinsichtlich der diskursiven Grundstrukturen und Identifizierungsangebote bestehen allerdings auch einige entscheidende Unterschiede. So existiert in Ungarn neben der populistischen Fidesz mit der Jobbik eine rechtsradikale Partei, die eine subkulturell gut verankerte Bewegung anführt. Dagegen ist der populistischen PiS in Polen bisher der Spagat gelungen, Unzufriedenheit von rechter Seite aufzunehmen und die Bildung einer rechtsextremistischen Partei zu verhindern, aber dennoch in weiten Teilen der Bevölkerung als gemäßigte Partei der Mitte wahrgenommen zu werden. Auch wird in Ungarn die gegenwärtige Gesellschaftsordnung und ihre Verfassung viel radikaler in Frage gestellt als dies in Polen der Fall ist. Neoliberalismus und Globalisierung werden als Teil einer egoistischen Interessenspolitik anti-nationaler Kräfte zumindest verbal bekämpft und mit antisemitischen Verschwörungstheorien in Verbindung gebracht. Diese und weitere Differenzen verweisen zunächst auf die unterschiedlichen Entwicklungspfade, auf denen sich Polen und Ungarn seit 1989 befinden.

Obwohl beide Länder als Standorte industrieller Fertigung und Zulieferbetriebe in die europäische Arbeitsteilung integriert sind, haben sich ihre wirtschaftlichen Daten zuletzt geradezu entgegengesetzt entwickelt. Während sich Ungarn seit 2007 in einer Haushaltskrise befindet und das Wirtschaftswachstum stark eingebrochen ist, steht Polen trotz der allgemeinen Krise wirtschaftlich nicht allzu schlecht da. Neben einem strikteren Umgang mit den Staatsfinanzen kann dafür auch ein stärkeres Wachstum mittelständischer Unternehmen sowie Polens Stellung als größter Netto-Empfänger von europäischen Transferzahlungen verantwortlich gemacht werden. Während in Polen so zumindest punktuell eine

¹ Vgl. David Ost: *The Defeat of Solidarity. Anger and Politics in Postcommunist Europe*, Ithaca 2005.

² Vgl. Tim Spier: *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa*, Wiesbaden 2010.

dynamische Modernisierung beobachtet werden kann, gleicht Ungarn derzeit einem Trümmerfeld. Über die sozioökonomische Situation hinaus bestehen aber auch im sozialen Alltagsleben entscheidende Unterschiede, die bei der Formierung rechtspopulistischer Frontstellungen eine Rolle spielen: Man denke nur an die Stellung der Katholischen Kirche in Polen und die Auseinandersetzungen um die Roma in Ungarn. Und last but not least müssen in diesem Zusammenhang auch die unterschiedlichen Repertoires von Symboliken und historischen Referenzen beachtet werden, die sich aus der jeweiligen Klamottenkiste nationaler Traditionen hervorholen lassen.

Parties, Ideology, and News Media in Central-Eastern and Western Europe: A Comparison of Media Bias 20 Years after the Iron Curtain Fell

This study assesses the degree and direction of media bias towards political parties in Central-Eastern European (CEE) and Western European (WE) democracies. Previous research has argued that the transformation of former East-bloc countries is characterized by a departure from the former blatantly partisan style of journalism to a less partisan style as is common in Western Europe (Jakubowicz & Sükösd, 2008).

Nevertheless, links between media groups, local capital investors, and political parties (Hrvatín and Petković, 2004), and the engagement of media oligarchs in political clientelistic networks (Örnebring, 2012), most likely lead the media to generate partisan content in CEE. In this paper we test if partisan media bias is stronger in CEE than in WE countries (H1).

CEE leftist parties have been more successful in building connections with different political groups throughout the post-communist period than their right-wing counterparts (Kosteletzky 2002; Lewis 1994; van Biezen 2003). This fact leads us to test whether media bias in CEE is more favourable to leftist parties than to rightist parties (H2).

To measure the degree of partisan media bias in both regions, we look at (a) whether audience patterns correlate with political preferences of media users and (b) whether media favour specific parties, according to experts. We respectively call the indicators based in (a) and (b) partisan media use (PMU) and media-party political agreement (MPPA). Our analysis builds upon data from European Parliament Election Study 2009 and European Media Systems 2010 surveys, covering 187 parties and more than 120 media outlets in 24 EU countries. The unit of analysis is the party.

The direction of media bias is assessed by relating left-right placement of each party to its degree of affinity within mainstream media (PMU and MPPA) by means of a series of OLS regression analyses. We control by country effects, incumbency and voting share. We use clustered robust standard errors to minimize the effects of potential violations of homoscedasticity.

Results show that partisan media bias is low and not more prevalent in CEE than in WE. Average PMU is greater in WE ($M=.043$, $SD=.045$) than in CEE ($M=.035$, $SD=.034$), although not significantly ($t(185)=-1.192$, $p>.05$). Average MPPA is greater in WE ($M=11.09$, $SD=13.49$) than in CEE ($M=9.32$, $SD=11.08$), but again not significantly ($t(185)=-.942$, $p>.05$). Our first hypothesis is rejected.

Party ideology accounts for the variation of media bias in our three models only in Western Europe (as party ideology increases 1 standard deviation, PMU and MPPA increase by 0.170, and 0.210 and 0.121 standard deviations, respectively). The more rightist a party is, the larger its probability to receive media support. Nonetheless, neither left nor right-wing parties are treated more favourably than their opponents by media in CEE, which leads us to reject our second hypothesis.

These findings raise the question whether media bias is higher in “the East” and challenge the widespread belief that a long tradition of media commercialization might imply less bias in Western countries.

Table 1: *Average Partisan Media Uses in Central- Eastern and Western Europe*

	Central- Eastern Europe		Western Europe				
	Mean	SD	Mean	SD	t	df	p
Partisan media use	0.035	0.034	0.043	0.045	-1.192	185	0.235
Partisan newspapers use	0.022	0.024	0.033	0.032	-2.359	185	0.019
Partisan TV use	0.016	0.025	0.017	0.028	-0.103	185	0.918

Note: Values are mean scores on a continuous scale (0=*none*, 1=*a lot*). N=187.

Table 2: *OLS regression of Partisan Media Bias on Party Ideology*

	Model 1: PMU on Party Ideology		Model 2a: MPPA on Party Ideology		Model 2b: MPPA on Party Ideology	
	"West"	"East"	"West"	"East"	"West"	"East"
Party Ideology	.170**	-.061	.210**	.194	.121*	0.108
Incumbency			.356**	.230	.048	.033
Voting Share					.813***	.815***
R2	.334	.367	.204	.088	.649	.586
Adj.R2	.231	.266	.182	.049	.636	.560
N	113	74	113	74	113	74

Note: Entries are standardized regression coefficients. Country dummies are included in Model 1.*Significant at 10% level;**Significant at 5% level; ***Significant at 1% level.

References

- Balcytienė, Aukse (2008) 'Changing Journalistic Discourses in the Baltic States – How to Deal with Cheap Journalism', pp.212-27 in K. Jakubowicz and M. Sükösd (eds) *Finding the Right Place on the Map*. Bristol and Chicago: Intellect Books.
- Brandenburg, Heinz (2006) 'Party Strategy and Media Bias: A Quantitative Analysis of the 2005 UK Election Campaign'. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 16:157–78.
- Cook, Timothy E.. (1997) *Governing with the News. The News Media as a Political Institution*. Chicago and London: The University of Chicago Press.
- Csigó, Péter (2008) 'Effect Seekers and Media Spectacle: Hungarian Audience Responses to Partisan Media', pp.227-59 in K. Jakubowicz and M. Sükösd (eds) *Finding the Right Place on the Map*. Bristol and Chicago: Intellect Books.
- Danielian, Lucig H., & Page, Benjamin I. (1994) 'The Heavenly Chorus: Interest Group Voices on TV News'. *American Journal of Political Science* 38(4): 1056-78.
- Defleur, Melvin and Dennis, Everette (1991) *Understanding Mass Communication*. Boston: Houghton Mifflin.
- Donsbach, Wolfgang and Klett, Bettina (1993). 'Subjective Objectivity. How Journalists in Four Countries Define a Key Term of their Profession'. *Gazette*.51: 53–86.
- Donsbach, Wolfgang, Jandura, Olaf and Stehfest, Antje (1999) 'Sieg der Illusion – Wirtschaft und Arbeitsmarkt in der Wirklichkeit und in den Medien', pp.40-77 in E. Noelle-Neumann H.M. Kepplinger, and W. Donsbach (eds) *Kampa – Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998*. Freiburg: Alber
- European Audiovisual Observatory (2011) *Yearbook 2011. Film, Television and Video in Europe*. Volume 1. Television in 37 European States. Strasbourg: Observatoire Européen de l'Audiovisuel.
- European Parliament Election Study (2009). *Voter Study*. URL: www.piredeu.eu.
- Gans, Herbert (1980) *Deciding What's News*. New York: Vintage.

- Goldman, Seth K., and Mutz, Diana C. (2011) 'The Friendly Media Phenomenon: A Cross-National Analysis of Cross-Cutting Exposure'. *Political Communication* 28(1):42.
- Graber, Doris A. (1991) 'The Mass Media and Election Campaigns in the United States of America', pp.139-177 in F. Fletcher (ed) *Media, Elections and Democracy, Research Studies*. Toronto, Canada: Dundurn Press.
- Groseclose, Tim and Milyo, Jeffrey (2005) 'A Measure of Media Bias'. *The Quarterly Journal of Economics*. 120 (4): 1191-236.
- Gross, Peter (2003) 'Romanian Mass Media and Journalism in the Midst of Transition', pp. 243-78 in D.L. Paletz, and K. Jakubowicz(eds) *Business As Usual: Continuity and Change in Central and Eastern European Media*. Cresskill, New Jersey: Hampton Press, Inc.
- Gunther, Richard and Mughan, Anthony (eds) (2000) *Democracy and the Media: A Comparative Perspective*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gurevitch, Michael and Blumler, Jay G. (1990) *Political Communication Systems and Democratic Values*, pp.269-89 in J. Lichtenberg (ed) *Democracy and the Mass Media*. Cambridge:Cambridge University Press.
- Hallin, Daniel C. and Mancini, Paolo (2004) *Comparing Media Systems: Three Models of Media and Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hallin, Daniel C. and Papathanassopoulos, Stylianos (2002) 'Political Clientelism and the Media: Southern Europe and Latin America in Comparative Perspective'. *Media, Culture & Society*, 24: 175-95.
- Hadamik, Katharina (2005) 'Between East and West or Simply "Made in Poland"? The Many Different Styles of Today's Polish Journalism', pp.211-26 in S. Høyer and H. Pöttker (eds) *Diffusion of the News Paradigm 1850-2000*. Göteborg: Nordicom.
- Hanley, Seán (2004) 'Getting the Right Right: Redefining the Centre - Right in Post - Communist Europe'. *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 20 (3): 9-27.
- Hopmann, David Nicolas, Albæk, Erik and De Vreese Claes H. (2011), 'Incumbency Bonus in Election News Coverage Explained: The Logics of the Political System and the Media Market'. *Journal of Communication* 61: 264-82.
- Hopmann, David Nicolas, Van Aelst, Peter and Legnante, Guido (2012) 'Political Balance in the News: A Review of Concepts, Operationalizations and Key Findings'. *Journalism*: 240-57.
- Iyengar, Shanto and Hahn, Kyu S. (2009) 'Red Media, Blue Media: Evidence of Ideological Selectivity in Media Use'. *Journal of Communication* 59: 19-39.
- Jakubowicz, Karol and Sükösd, Miklós (eds) (2008) *Finding the Right Place on the Map*. Bristol and Chicago: Intellect Books.
- Jandura, Olaf and Großmann, Harald (2003). *Synchronisation von Nachricht und Kommentar in der Wahlkampfberichterstattung – Inhaltsanalyse zur Bundestagswahl 1998*, pp. 201-11 in W. Donsbach and O. Jandura (eds) *Chancen und Gefahren der Mediendemokratie*, Vol. 30: Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- Kahn, Kim Fridkin and Kenney Patrick J. (2002) 'The Slant of the News: How Editorial Endorsements Influence Campaign Coverage and Citizens' View of Candidates'. *American Political Science Review* 96: 381-94.
- Kosteletzky, Tomás (2002) *Political Parties After Communism*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Lauk, Epp (2008) 'How will it all unfold? Media systems and journalism cultures in post-communist countries', pp.191-93 in K. Jakubowicz and M. Sükösd (eds) *Finding the Right Place on the Map*. Bristol and Chicago: Intellect Books
- Legnante, Guido (2006) 'Comunicazione, Elettori Allineati e una Campagna di Mobilitazione'. *Rivista Italiana di Scienza Politica* 36: 431-53.
- Legnante, Guido (2006) 'Comunicazione, elettori allineati e una campagna di mobilitazione'. *Rivista Italiana di Scienza Politica* 36: 431-453.
- Lengauer, Günther (2006) 'Einfalt oder Vielfalt? Die ORF-Nachrichten im Spannungsfeld zwischen Professionalität, Profit, Publikum und Politik'. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 35: 361-78.
- Lewis, Paul G. (1994) 'Political Institutionalisation and Party Development in Post- Communism Poland'. *Europe-Asia Studies* 46(5): 779-99.
- Meyer, Gerd (ed) (2006) *Formal Institutions and Informal politics in Central and Eastern Europe: Hungary, Poland, Russia, and Ukraine*. Leverkusen: Budrich UniPress.
- Mungiu-Pippidi, Alina (2008) 'How Media and Politics Shape each other in the New Europe', pp.87-101 in K. Jakubowicz and M. Sükösd (eds) *Finding the Right Place on the Map*. Bristol and Chicago: Intellect Books.
- Orenstein, Mitchell (1998) 'A Genealogy of Communist Successor Parties in East-Central Europe and the Determinants of their Success'. *East European Politics and Societies* 12: 472-99.
- Örnebring, Henrik (2012) 'Clientelism, Elites, and the Media in Central and Eastern Europe'. *The International Journal of Press/Politics* 20(10): 1-19.
- Peruško, Zrinjka and Popović, Helena (2008) 'Media Concentration Trends in Central and Eastern Europe', pp.165-90 in K. Jakubowicz and M. Sükösd (eds) *Finding the Right Place on the Map*. Bristol and Chicago: Intellect Books.
- Hrvatina, Sandra B. and Petkovic, Brankica (2004) *Regional Overview in B. Petkovic (ed) Media Ownership and its Impact on Media Independency and Pluralism*. Ljubljana: Peace Institute.

- Popescu, Marina, Gosselin, Tania, and Santana Pereira, Jose (2010). European Media Systems Survey 2010. Data set. Colchester, UK: Department of Government, University of Essex. URL: www.mediasystemsineurope.org
- Popescu, Marina Toka, Gabor, Gosselin, Tania and Santana Pereira, Jose (2011) European Media Systems Survey 2010: Results and Documentation. Research report. Colchester, UK: Department of Government, University of Essex. URL: www.mediasystemsineurope.org
- Roudakova, Natalia (2008). 'Media—Political clientelism: Lessons from Anthropology'. *Media, Culture & Society* 30 (1): 41-59.
- Salgado, Susana (2010) Os Candidatos Presidenciais: Construção de Imagens e Discursos nos Media [Portuguese presidential candidates: Construction of Images and Discourses in the Media]. Coimbra: MinervaCoimbra.
- Schattschneider, Elmer Eric (1960) *The Semi-Sovereign People*. New York: Holt, Rinehart and Winston.
- Schönbach, Klaus and Semetko, Holli A. (2000) 'Gnadenlos Professionell': Journalisten und die aktuelle Medienberichterstattung in Bundestagswahlkämpfen 1976–1998', pp. 69-89 in H. Bohrmann, O. Jarren, G. Melischek, and J. Seethaler (eds) *Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schulz, Winfried and Zeh, Reimar (2003) 'Kanzler und Kanzlerkandidat in den Fernsehnachrichten', pp. 57-81 in C. Holtz- Bacha (ed) *Die Massenmedien im Wahlkampf – Die Bundestagswahl 2002*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Semetko, Holli A. (1996) 'The Media', pp. 254-79 in L. LeDuc, R. G. Niemi, and P. Norris (eds), *Comparing Democracies: Elections and Voting in Global Perspective*. Thousand Oaks, CA: Sage.
- Semetko, Holli A. and Canel, Maria José (1997) 'Agenda-senders Versus Agenda- setters: Television in Spain's 1996 Election Campaign'. *Political Communication* 14: 459–79.
- Seymour-Ure, Colin (1974) *The Political Impact of Mass Media*. London, Beverly Hills, CA: Constable.
- Sparks, Colin with Reading, Anna (1998) *Communism, Capitalism and the Mass Media*. London: Sage Publications.
- Sparks, Colin (2008) 'After Transition: The Media in Poland, Russia and China', pp. 43-73 in K. Jakubowicz and M. Sükösd (eds) *Finding the Right Place on the Map*. Bristol and Chicago: Intellect Books.
- Splichal, Slavko (1994). *Media Beyond Socialism: Theory and Practice in East-Central Europe*. Boulder: Westview Press.
- Sükösd, Miklós (1997/98) 'Media and Democratic Transition in Hungary'. *Oxford International Review* 8(3): 11–21.
- Sükösd, Miklós (2000) 'Democratic Transformation and the Mass Media: from Stalinism to Democratic Consolidation in Hungary', pp. 122-64 in R. Gunther and A. Moughan (eds) *Democracy and the Media: A Comparative Perspective*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sükösd, Miklós (2007) *Media Democratization, Hegemony and Social Movements: Views from East/Central Europe and Eurasia*. Paper presented at the Social Science Research Council/ Warsaw University workshop Justice, Hegemony and Social Movements: Views from East/Central Europe and Eurasia, Center for East European Studies, Warsaw University. 13–15 April 2007.
- Sutter, Daniel (2001) 'Can the Media be so Liberal? The Economics of Media Bias'. *The Cato Journal*. XX: 431-51.
- Sutter, Daniel (2004) 'An Indirect Test of the Liberal Media Thesis Using Newsmagazine Circulation'. Manuscript, Norman, University of Oklahoma.
- Tavits, Margit and Letki, Natalia (2009) 'When Left is Right: Party Ideology and Policy in Post-communist Europe'. *American Political Science Review*, 1034: 555-569.
- Van Kempen, Hetty (2007) 'Media-Party Parallelism and its Effects: A Cross-National Comparative Study'. *Political Communication* 24: 303-20.
- Van Biezen, Ingrid (2003) *Political Parties in New Democracies: Party Organization in Southern and East-Central Europe*. New York: Palgrave.
- Weibull, Lennart (1995) 'Media Diversity and Choice', pp. 149-70 in K. E. Gustafsson (ed) *Media structure and the state: Concepts, issues, measures*. Göteborg: Mass Media Research Unit Publications.

Die innere Politik der Staaten im Raum der ehemaligen Sowjetunion. Gewalt und Protestbewegung: Wo liegen die Grenze der Vergleichbarkeit?

In den letzten Jahren konnte man Entstehung, Werden und Entwicklung der Protestbewegung in einzelnen Ländern der ehemaligen Sowjetunion beobachten. Manche Experten behaupten, dass Protestbewegung eine Hauptfrage der inneren Politik dieser Länder geworden ist. Offenbar ist jedenfalls, dass sie eine Wirkung auf innere Politik ausüben. Wie sieht die Logik dieser Protestbewegungen aus? Einerseits sind sie durch den Widerspruch zwischen Bevölkerung (Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung) und die Gewalt (Wunsch der Gewalt ihren Status zu erhalten) ausgelöst worden. Im Vergleich zu europäischen Länder ist der Wohlstand der Mehrheit der Bevölkerung der GUS niedriger und die Situation mit Gleichberechtigung, Korruption, Sicherheit schlechter. Man will eine "schlechte" Regierung durch eine "gute" ersetzen. Und Gewalt will bei der Macht bleiben. Andererseits sind sie (die Protestbewegungen) die Folge der Erneuerung der Gestalt / der Bild der Demokratie und ihre Institutionen. Man kann diese Logik als "unbewußte Logik" bezeichnen. Diese Nebenwirkungen lassen sich am Beispiel von Medien beobachten. Deswegen können diese Prozesse als einen Kampf zwischen alten und neuen Organisationsformen / Kooperationsmöglichkeiten dargestellt werden.

Angaben zu Fragestellung: Ist die Protestbewegung der wichtige Anteil des Inhalts der inneren Politik der ehemaligen Republiken der Sowjetunion? Wo liegen die Grenze der Vergleichbarkeit der Protestbewegungen? Welche Wirkung auf Demokratie können diese Protestbewegungen ausüben? Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang demokratische Instituten und Medien?

Erkenntnisinteresse: moderne Philosophie und Politologie, deutsche-russische Beziehungen, politische Medienberichterstattung und Entwicklung der Sozialgesellschaft.

Theoretischer Ansatz: Die Nebenwirkungen der Protestbewegungen sind viel wichtiger als oberflächliche Effekte und Anforderungen.

Methode: analytische Methode, Vergleichsverfahren, Interview.

Institutionelle Anbindung: Analyse der politischen Institutionen und Prozesse. Osteuropa. Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

Opposition in Ost und West. Strategien von Nichtregierungsparteien im Kontext aktueller Demokratie-Gefährdungen

Die Möglichkeit zu und Institutionalisierung von Opposition gilt als unverzichtbares Element und eines der wichtigsten Charakteristika liberaler Demokratien.¹ Dennoch ist deren Existenz allein noch kein Garant für Demokratie bzw. deren Qualität oder Legitimität. Diese sind abhängig sowohl von ausreichenden (institutionellen und politischen) Handlungsmöglichkeiten für die oppositionellen Akteure, als auch von deren Zielen und Mitteln.

Im Fokus des Beitrags steht die Frage nach Strategien von Nichtregierungsparteien, nach deren Ursachen und Wirkungen in drei Fallbeispielen – in Deutschland als Exemplar einer etablierten westlichen Demokratie, in der zwischen Autoritarismus und Demokratie schwankenden Ukraine und dem zwar ebenfalls „hybriden“ aber mit starken autoritären Tendenzen ausgestatteten russischen System. So unterschiedlich sich diese Fälle und die Strategien präsentieren mögen – ihre Bandbreite reicht vom Ruf nach einem Ausbau bürgerlicher Teilhabe durch Nutzung des Internets seitens der deutschen Piratenpartei über die gemeinsame Teilnahme der russischen Oppositionsparteien an Straßenprotesten bis zur Initiierung von Blockaden oder Handgemengen im ukrainischen Parlament –, ihr Ausgangspunkt ist ein gemeinsamer, nämlich die gegenwärtigen Gefahren und Herausforderungen, denen sich Demokratie gegenüber sieht.² Als Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie befinden sich politische Parteien als intermediäre Organisationen zwischen Staat und Gesellschaft mit ebendieser in einer Krise.³ Vor dieser Folie werden die Reaktionen oppositioneller Parteien auf diese Situation in Form von Forderungen nach Demokratisierung und den Versuchen, diese umzusetzen oder zumindest zu kommunizieren, in den Blick genommen.

Theoretischen Hintergrund bildet der Ansatz Robert Dahls, der Demokratie vor allem als Verbindung der zwei Dimensionen Wettbewerb und Partizipation begreift und oppositionellen Akteuren damit einen zentralen Stellenwert zuweist.⁴ Unter Berücksichtigung des deliberativen Demokratiemodells und unter Nutzbarmachung einer Verknüpfung der Konzepte von Postdemokratie und Postsozialismus und damit der Annahme, dass wir aus den Entwicklungen in Osteuropa einiges für die vielzitierte Krise der Demokratie in Westeuropa lernen können,⁵ wird ein explorativer Vergleich zwischen ausgewählten und mitunter ungewöhnlichen Verhaltensweisen oppositioneller Parteien angestellt, indem neben der relevanten Sekundärliteratur unterschiedliche Quellen wie Bild- und Videomaterial, Zeitungsberichte, Partei- und Wahlprogramme, Diskussionen und Initiativen auf bestimmten Internetplattformen usw. ausgewertet werden.

Gewisse Verhaltensweisen der Oppositionsparteien scheinen nicht nur auf krisenhafte Erscheinungen hinzuweisen, sondern teilweise selbst zu diesen beizutragen. Die Untersuchung der genannten Strategien soll daher ermöglichen, Erkenntnisse über Defizite der politischen Entscheidungsprozesse ebenso wie für Zukunftsszenarien der Demokratie in Ost- und Westeuropa zu gewinnen.

¹ Vgl. Levitsky, Stephen / Way, Lucan A. (2010): Why Democracy Needs a Level Playing Field, in: Journal of Democracy 21/1, S. 57-68.

² Vgl. Brodacz, A. / Llanque, M. / Schaal, G. S. (2008/Hg.): Bedrohungen der Demokratie, Wiesbaden; Crouch, Colin (2004): Post-democracy, Cambridge; Gijzenbergh, J. (2012/Hg.): Creative Crises of Democracy, Brüssel

³ Vgl. de Nève, Dorothée (2008): Parteien in der Krise?, in: Bos, E. / Segert, D. (Hg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen, S. 281-302.

⁴ Vgl. Dahl, Robert A. (1971): Polyarchy. Participation and Opposition, New Haven.

⁵ Vgl. Segert, Dieter (2007): Der Osten als Kopie des Westens oder als europäischer Trendsetter?, in: ders. (Hg.): Postsozialismus. Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa, Wien, S. 207-218.

Liberalizing the Electricity Market in Ukraine and Meeting the Requirements of the Energy Community Treaty

Introduction

The paper deals with the discussion about Ukraine's participation in the Treaty Establishing the Energy Community (ECT) and in particular, it concentrates on the liberalization of the electricity market in Ukraine according to the requirements of the ECT. Ukraine represents a particular case among other members of the Energy Community. Ukraine's energy sector is characterized by non-transparency and a lack of accountability, which provides rent-seeking opportunities to ruling elites.

Aim of the Paper

Ukraine has become a full member of the ECT and signed up itself to a number of legal obligations of the Treaty. The paper, therefore, aims at giving domestic as well as EU-based reasons for Ukraine's non-compliance with ECT obligations. As a case study the liberalization of the electricity market and non-compliance with the Directive 2003/54/EC of the European Parliament and of the Council of 23 June 2003 concerning common rules for the internal market in electricity was chosen. Ukraine committed itself to liberalize its electricity market according to the Directive 2003/54/EC along three key lines: free access to networks, fair rate-setting, and market transparency. However, as Ukrainian experts and the EU monitoring papers point out Ukraine failed to adopt and amend necessary national laws¹. The Bills on the Law "On Principles of Electricity Market Functioning in Ukraine" and on the Law "On State Regulation of Power Engineering in Ukraine" are still pending consideration in Parliament.

Findings of the Study

The study argues that at least two domestic and one EU-based factors account for Ukraine's non-compliance with² its obligations. Those are:

1. No Demand for reforming the electricity market in the society

Since early 2000s the Ukrainian power engineering sector has been working quite steadily and produced electricity in volumes sufficient for the national economy, housing and utilities sector and even for exports. The sufficient volumes of electricity produced for the country's needs and low prices for household consumers cause no demand in the society for reforming the electricity market.

2. The reforms on liberalizing the power engineering sector have so far an unsystematic and isolated character

Three main problems of the Ukrainian power engineering sector have been tackled in the country since 2007: to introduce a truly independent regulator in the power engineering sector; to develop a transparent and comprehensive electricity pricing system; to reorganize a single-buyer model of the electricity market in Ukraine. The paper analyses these reforms in detail and comes to conclusion that they are performed in an unsystematic way because of rent-seeking of certain business elites that currently strongly influence the decision-making in the country.

¹ Razumkov Centre (2012). Prospects of Power Engineering Sector Development: Trends and Problems, National Security and Defence Journal, No. 6 (135), pp. 31 – 41; Energy Community Secretariat (2011, 2012). Annual Report on the Implementation of the Acquis under the Treaty Establishing the European Community, Austria.

²

3. Incohesive EU internal policy on liberalizing its internal energy market

So far, the EU has not completed the formation of a common electricity market due to a number of factors, such as insufficient capacities of interstate power networks, not clear future generation structure priorities of the Member States, etc.¹. This impossibility to make full assessments of the progress of integration and associated risks within the EU as well as the integration effects on Ukrainian power engineering development underpins the Ukrainian willingness to implement necessary reforms.

Data

Data for the study is drawn from a number of primary and secondary sources. The study draws on analyses of official and independent analytical materials and statistical data and also includes 13 interviews with NGO representatives working in energy security and climate change domain in Ukraine.

¹ European Commission (2011). Report on Progress in Creating the Internal Gas and Electricity Market – Technical Annex (2011), Commission Staff Working Paper, Brussels. Available at http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/legislation/doc/20100609_internal_market_report_2009_2010_annex.pdf. Last accessed 9 March 2012.

Nationale Identität und außenpolitische Orientierung im Staatsbildungsprozess der Republik Moldau und der Ukraine

Die Relevanz des Themas spiegelt sich in der Tatsache wieder, dass die Republik Moldau und die Ukraine eine wechselhafte Außenpolitik führen, welche gemeinsam mit der Sprache die wichtigsten Wahlthemen sind.

Fragestellung: Warum haben einzelne postsowjetische Staaten unterschiedliche außenpolitische Ausrichtungen gegenüber der EU oder Russland?

Es wird der Versuch gemacht, pro-europäische oder pro-russische Identitäten der Parteien und ihrer Wähler zu bestimmen und regional zu verfolgen. Daher wird die Konstruktion der Nationen unter Berücksichtigung regionaler ethnischer/sprachlicher Differenzen untersucht.

Theoretische Ansatz: Konstruktivistische Herangehensweise

Hypothese 1: Die Konkurrenz starker regionaler Identitäten innerhalb eines Staates führt zu einer wechselhaften Außenpolitik gegenüber der EU/Russland.

Mit Hilfe einer qualitativen Textanalyse der Wahlprogramme (Ukraine 2007, 2010; Republik Moldau 2005, 2010) können die Identitäten und außenpolitischen Vorstellungen der Parteien und ihrer Wähler festgestellt werden. Kategorien: Außenpolitik EU/Russland; Sprach-, Geschichtspolitik; Wir-Identitäten, Nationenkonzepte.

Die Gleichstellung der Identitäten und außenpolitischen Vorstellungen der Parteien und deren Wählern ermöglicht es, den Zusammenhang zwischen Identität und ethnischer/sprachlicher Zusammensetzung des Gebietes/Bezirktes quantitativ mit Hilfe der linearen Regressions-Analyse zu prüfen. Anhand der Annahme, dass die Wahlergebnisse der Partei der Identität ihrer Wähler gleicht, wird es möglich festzustellen, in welchen Gebieten/Bezirken die Identität von der nationalen Identität abweicht.

Hypothesen 2 und 3: Je sprachlich/*ethnisch* heterogener die Gebiete sind, desto mehr bekennen sie sich zum Konzept der politischen Nation und pro-europäischen Identität mit russischem Bezug. Die sprachliche/*ethnische* Homogenität führt zur Wahl des Konzeptes ethnischer Nation und pro-europäischer Identität.

UV1: Muttersprache; *UV2:* *Ethnie*

Indikatoren: Volkszählung (Ukraine 2001, Moldau 2004)

AV1: ethnische Nation; *AV2:* zweisprachige politische Nation

Indikatoren: Wahlergebnisse (Ukraine 2007, 2010; Republik Moldau 2005, 2010)

Die Prüfung der Hypothesen wird jeweils für beide Länder, getrennt für alle UV und AV, mit verschiedenen Indikatoren und mit Hilfe von quantitativen Datenanalysen und der Erstellung von Streudiagrammen durchgeführt.

Schlussfolgerungen: Die Zusammenhänge der ethnischen/sprachlichen Unterschiede und konkurrierender außenpolitischer Einstellungen der Bevölkerung in beiden Ländern weisen darauf hin, dass die Nationen sich weiterhin im Prozess der Nationenbildung befinden. Zwischen verschiedenen Ethnien und insbesondere Sprachgruppen in beiden Ländern gibt es keinen breiten Konsens über die Grundlagen der Nationenbildung und der Außenpolitik. Ein Grund dafür sind nicht integrierte Minderheiten, die die Nation in anderer Form als die Mehrheit wahrnehmen. Diese Trennlinien spiegeln sich in der Wahl der politischen Parteien wider und können anhand der ethnischen und sprachlichen Verteilung der Bevölkerung verfolgt werden. Die Muttersprache ist aussagekräftiger als die Ethnie.

Für die Heterogenität der Nationen spricht die breite Verwendung der russischen Sprache als Mutter- und Alltagssprache bei den Minderheiten sowie bei Teilen ethnischer Moldauer in der Republik Moldau und

ethnischer Ukrainer in der Ukraine. Ethnische und sprachliche Mehrheiten tendieren dazu, die einsprachige *ethnische Nation*, Minderheiten dagegen eine zweisprachige *politische Nation* zu bilden.

Ukrainer und Moldauer unterstützten als ethnische und sprachliche Mehrheiten in ihren Ländern das ethnische Konzept der Nation und pro-europäische Außenpolitik.

Die ethnischen Minderheiten sowie die russophone Bevölkerung, die sich in das ethnische Nationsprojekt der Mehrheit nicht einordnen wollen und zweisprachige politische Nation bevorzugen, konkurrieren mit der ethnischen Mehrheit, wodurch letztendlich eine Multivektorenpolitik entsteht. Das Konzept der Nation dieser Parteien beinhaltet gleichzeitig pro-europäische und pro-russische Identitätsmerkmale und führt damit zur wechselhaften Außenpolitik.

Im Westen, Zentrum und Norden der Ukraine wird aufgrund der ethnischen und sprachlichen Zusammensetzung eine starke Annäherung an die EU gewünscht, im Süden und Osten wird eine schwächere Annäherung gewünscht. Nur die Bevölkerung der Gebiete Donec'ka und Luhans'ka sowie der Insel Krim verfügten über eine regionale pro-russische und gleichzeitig über eine pro-europäische Identität.

Die nordöstlichen und nördlichen Bezirke der Republik Moldau unterstützten mehrheitlich das Konzept der zweisprachigen politischen Nation. Die mittleren Bezirke der Republik Moldau unterstützen aufgrund der Bevölkerungsstruktur dagegen stark die Parteien mit einem ethnischen Konzept der Nation, die stabil pro-europäisch waren. In einigen südlichen, nördlichen und nordwestlichen Bezirken ist die Unterstützung für diese Parteien deutlich schwächer.

Möglichkeiten und Grenzen eines Vergleichs am Beispiel Österreich und Ungarn in der Zwischenkriegszeit

Ungarn und Österreich vor dem Ersten Weltkrieg

Der Kurzbeitrag basiert auf Überlegungen des methodischen Zugangs meines Dissertationsprojekts „Europakonzeptionen im 20. Jahrhundert in Österreich und Ungarn“. Die leitende Fragestellung dabei ist, inwieweit die Vergleichbarkeit zweier Staaten, im konkreten Fall Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit gegeben ist? Methodisch handelt es sich um eine quellenanalytische Arbeit.

Eine historisch vergleichende Arbeit in den beiden Teilen der ehemaligen k. u. k. Monarchie scheint machbar und möglich aufgrund ihrer gemeinsamen Geschichte. Doch das Gemeinsame entwickelt sich spätestens mit dem Ausgleich von 1867 in unterschiedliche Richtungen. Die Autonomie, die Ungarn zugestanden wird, findet etwa ihre Umsetzung in der Nationalisierungspolitik, wohingegen Österreich sich weiterhin als Klammer der Habsburgermonarchie sieht und wenig in der Verwaltung nach dem Ausgleich verändert.¹ Die Magyarisierung, wie die Politik Ungarns zur Homogenisierung der BewohnerInnen des königlichen Gebietes Ungarns auch genannt wird, hatte ihren Höhepunkt zwischen 1890 und 1910. Eine Beschreibung der Magyarisierung liefert der ungarische Historiker Hanák: „Assimilation durch Gewaltmittel, Schulpolitik, die Erziehung der Armee ‚im nationalen Geist‘, manchmal sogar durch Korruption oder Einschüchterung.“² Die verfassten Protestschreiben an Kaiser Franz Joseph I. wies dieser zurück und überließ die Regelung der ungarischen Regierung, welche mit Verboten von Parteien und Haftstrafen darauf reagierte.³

Der Vergleich verschiedener Regime in Ungarn in der Zwischenkriegszeit

Doch der Schwerpunkt des Beitrags ist der Zwischenkriegszeit gewidmet. Der Zusammenbruch der Monarchie und die Friedensbedingungen von St. Germain und Trianon eröffnen den Weg zu weiteren divergenten Entwicklungen zwischen den beiden Staatsgebilden. Während Österreich zur Republik wird, folgen in Ungarn mehrere Regimewechsel bis es schließlich ein Königreich ohne König ist. Der erste Teil des Beitrags widmet sich der Frage, wie sich diese unterschiedlichen Staatsformen in der Zwischenkriegszeit innerhalb Ungarns vergleichen lassen, wo die Möglichkeiten dieses Vergleichs und wo seine Grenzen liegen. Dabei soll einerseits versucht werden, die einzelnen Regime in Ungarn miteinander zu vergleichen, bevor es zu einem transnationalen Vergleich mit Österreich kommt. Wie lassen sich etwa die Károlyi Regierung, die anschließende Räterepublik und schließlich das Horthy-Regime miteinander vergleichen? Welche Entwicklungen und Ideen werden beibehalten, welche verworfen? Wie ist der Umgang mit den Nationalitäten, die in Ungarn leben? So lässt sich etwa bei genauerer Betrachtung feststellen, dass die unterschiedlichen Regime in Bezug auf Entwicklungen und den Umgang mit den in Ungarn lebenden Nationalitäten gar nicht so verschieden sind, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Obwohl etwa Jászi und Károlyi in ihrer 12 Punkte-Proklamation die Anerkennung der neuen Nationalstaaten und deren Selbstbestimmungsrecht anerkannten, war eine völlige Loslösung von Ungarn für sie ebenso undenkbar⁴ wie für das spätere Horthy-Regime⁵.

Der transnationale Vergleich

Der folgende Teil ist Divergenzen und Konvergenzen über die Staatsgrenze hinaus gewidmet, um wiederum Optionen und Limits vergleichenden historischen Arbeitens anschaulich darzustellen. Gerade der transnationale Vergleich eröffnet die Möglichkeit individuelle Verbindungen und Überschneidungen sichtbar werden zu lassen. Am Beispiel Österreichs und Ungarns lässt sich diese Verbindung etwa über Exilforschung betreiben. So gingen etwa viele Politiker, Journalisten und Schriftsteller aber auch

¹ Vgl. Eva Somogyi (1983), *Vom Zentralismus zum Dualismus. Der Weg der Deutschösterreichischen Liberalen zum Ausgleich 1867*. Wiesbaden.

² Péter Hanák (1984), *Ungarn in der Donaumonarchie. Probleme der bürgerlichen Umgestaltung eines Vielvölkerstaates*. Wien, p.310f.

³ Vgl. Jörg K. Hoensch (1984), *Geschichte Ungarns 1867-1983*. Stuttgart (u.a.) p. 77.

⁴ Vgl. Holger Fischer (1978), *Oszkár Jászi und Mihály Károlyi: ein Beitrag zur Nationalitätenpolitik der bürgerlich-demokratischen Opposition in Ungarn von 1900-1918 und ihre Verwirklichung in der bürgerlich-demokratischen Regierung von 1918 bis 1919*. München, p.86.

⁵ Vgl. Ignác Romsics (2005), *Weltkrieg, Revolutionen, Trianon (1914-1920)* p.601-631. In: István Tóth (Hrsg.), *Geschichte Ungarns*. Budapest, p. 622.

Armeeangehörige nach einem Regimewechsel in Ungarn von Budapest ins Exil nach Wien um später von Wien aus weiter- oder wieder zurück zu reisen. Als ein Beispiel von vielen sei hier etwa Béla Kun genannt.¹ Gerade in solchen Fällen ist es lohnend die Einheit der ehemaligen Monarchie zu sehen, um die Spuren von Individuen über Staatsgrenzen hinweg weiterverfolgen zu können. Schließlich hielt sich weder die Verfolgung noch die Flucht an derlei Limitierungen.

Praxisorientiertes zu Vergleichen

Der letzte Teil ist für Bereicherungen und Probleme bei Vergleichen reserviert. Unterschiedliche Entwicklungen, Bezeichnungen oder auch das praxisnahe Problem der unterschiedlichen Administration, welches das Auffinden von Akten in Archiven erschwert, werden hier besprochen. Doch trotz aller Probleme ist und bleibt der Vergleich ein lohnendes Mittel Forschungslücken zu schließen.

Literatur

- Holger Fischer (1978), Oszkár Jászi und Mihály Károlyi: ein Beitrag zur Nationalitätenpolitik der bürgerlich-demokratischen Opposition in Ungarn von 1900-1918 und ihre Verwirklichung in der bürgerlich-demokratischen Regierung von 1918 bis 1919. München.
- Péter Hanák (1984), Ungarn in der Donaumonarchie. Probleme der bürgerlichen Umgestaltung eines Vielvölkerstaates. Wien.
- Jörg K. Hoensch (1984), Geschichte Ungarns 1867-1983. Stuttgart (u.a.).
- Konrad Jekl (1995), Auf den Spuren der Republik Österreich: Aufsätze zur österreichischen Zeitgeschichte. Frankfurt/Main (u.a.).
- Ignác Romsics (2005), Weltkrieg, Revolutionen, Trianon (1914-1920) p.601-631. In: István Tóth (Hrsg.), Geschichte Ungarns. Budapest.
- Eva Somogyi (1983), Vom Zentralismus zum Dualismus. Der Weg der Deutschösterreichischen Liberalen zum Ausgleich von 1867.

¹ Vgl. Konrad Jekl (1995), *Auf den Spuren der Republik Österreich: Aufsätze zur österreichischen Zeitgeschichte*. Frankfurt/Main (u.a.) p.120.

Russischsprachige Bevölkerung in Osteuropa – von der Titulnation zur Minderheit

Die Baltischen Staaten und Ukraine im Vergleich

Der Beitrag stellt das laufende Dissertationsprojekt mit dem Arbeitstitel „Russischsprachige Bevölkerung in Osteuropa – von der Titulnation zur Minderheit“ vor. Die Arbeit leistet einen komparativen und interdisziplinären Beitrag zur Transformationsforschung, indem sie politik-wissenschaftliche, historische und soziologische Elemente mit einer ethnischen Perspektive der Systemtransformation in Osteuropa vereint. Das Untersuchungsobjekt – die russischsprachige Bevölkerung – bietet eine überaus interessante Grundlage zur Gegenüberstellung der Untersuchungsländer.

Problemstellung

Während der sowjetischen Herrschaftsperiode in Osteuropa wurden ökonomisch und politisch bedingt große Teile der Bevölkerung umgesiedelt. Dabei war Russisch die Hauptsprache (de facto)¹ in allen Ländern der Sowjetunion und des sowjetischen Einflussgebietes. Nach dem Zerfall der Sowjetunion sind große Teile dieser Bevölkerungsschichten in den jeweiligen Ländern verblieben. So entstanden nationale Minderheiten, die ehemals zur Titulnation gehörten, in den neu (oder wieder-) geschaffenen Nationalstaaten. Das Dissertationsprojekt stellt eine vergleichende politikwissenschaftliche Analyse der heutigen Lage der russischsprachigen Bevölkerung, unter Berücksichtigung der historischen, wirtschaftlichen, soziokulturellen und politischen Gegebenheiten dar.

Gegenstand der Untersuchung

Zur vergleichenden Untersuchung werden die Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie die Ukraine herangezogen. Dabei dienen die Größe und die Entstehungsgeschichte der russischsprachigen Bevölkerung als zentrale Vergleichsvariablen. Die historische Konstellation während der Sowjetzeit, die politische Transformation nach dem Zerfall der Sowjetunion sowie die Phase der demokratischen Konsolidierung werden im Hinblick auf die russischsprachige Bevölkerung in den Untersuchungsländern analysiert. Ein wichtiger Punkt – der internationale Einfluss auf die Lage der russischsprachigen Bevölkerung – wird ebenfalls komparativ angeführt.

Mit der zentralen Fragestellung wird indes der Zusammenhang zwischen dem Systemwechsel, dem entstandenen politischen System und der Situation der russischsprachigen Bevölkerung erfasst. Theoretische Konzeptionen basieren auf dem Ansatz der Transformationsforschung sowie dem soziologischen Assimilationsansatz, die analytisch miteinander verbunden werden. Das Erkenntnisinteresse besteht darin, die Unterschiede im Ergebnis der Systemtransformation im Zusammenhang mit der Stellung der russischsprachigen Bevölkerung zu betrachten. Die theoretische und praktische Bewertung der im Zuge der Systemtransformation entstandenen politischen Systeme kann dabei einige Fragen aufwerfen: Kann ein demokratisches System seine Legitimation durch ethnische Segmentierung aufrechterhalten? Sind ethnische Diskrepanzen in der Bevölkerung übertragbar auf das politische System, und wenn ja, zu welchem Ausmaß? Kann die Qualität der Demokratie an der politischen und gesellschaftlichen Stellung der ethnischen Gruppen im Land gemessen werden? Diesen und anderen Fragen gilt das Hauptaugenmerk der Untersuchung.

Inhalt des Tagungsbeitrages

Mit dem Tagungsbeitrag sollen erste Ergebnisse der komparativen Analyse vorgestellt werden. Die Entstehungsgeschichte der russischsprachigen Minderheit in den Untersuchungsländern zeigt, dass diese während der Sowjetzeit eine besondere Stellung eingenommen hatte. Doch während die Transformationsverläufe in Estland und Lettland in den Jahren 1989 bis 1991 Ähnlichkeiten aufweisen, unterscheidet sich derselbe Prozess in der Ukraine deutlich. Ebenso verhält es sich mit der

¹ Vor 1990 gab es keine per Gesetz festgelegte Einheitssprache. Jedoch wurden die Ämter innerhalb der Sowjetunion auf Russisch geführt, sowie wurden die Beziehungen zu den Satellitenstaaten auf Russisch gehalten

Konsolidierung der Länder und der Stellung der russischsprachigen Bevölkerung nach dem Systemwechsel. Mögliche Erklärungen verbergen sich in Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen der historischen und politischen Ereignisse der Transformationsjahre, aber auch in der historischen Stellung der Russen in den jeweiligen Ländern. Zur Vorstellung dieser Ergebnisse werden Archivmaterial, Statistiken und bereits bestehende Studien herangezogen.

Ergebnisse und Diskussionsfragen

Die ersten Ergebnisse zeigen, dass die heutige Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in Estland und Lettland maßgeblich von den politischen Entscheidungen der Phase des Systemwechsels abhängig ist. Hauptsächlich spielt hierbei die historische und politische Konstellation während der ersten halbfreien und freien Parlamentswahlen eine Rolle, die zu einer ethnisch exklusiven Gesetzgebung geführt hat. Die Entwicklung während der demokratischen Konsolidierung zeugt von einer gesellschaftlichen und politischen Segmentierung, die sich nur langsam wendet. Die Ukraine zeigt dabei eine gegenläufige Entwicklung: hier sind zwar auch Gegensätze entlang ethnischer Grenzen in der Gesellschaft sichtbar, doch diese haben sich in eine andere, ethnisch weniger exklusive Richtung, entwickelt. Gleichzeitig befindet sich die ukrainische Demokratie qualitativ auf einer anderen Ebene im Vergleich zu den Baltischen Staaten. Wie können diese kontroversen Ergebnisse erklärt werden?

Weltoffenheit wagen – Intraregionale Vernetzung von Städten nach 1989

Die Union of Baltic Cities (UBC) und ihre Bedeutung für die Entwicklung von Partnerschaften postsozialistischer Städte im Ostseeraum nach dem Ende der Blockkonfrontation

Mit dem Ende der Blockkonfrontation und dem Beginn des Transformationsprozesses im Jahr 1989 wurde in Ostmitteleuropa eine Grenze beseitigt, welche den Austausch von Wissen und Waren zwischen Ost und West über 40 Jahre nahezu zum Erliegen gebracht hatte. Während der Handel im Rahmen von Außenwirtschaftsanalysen und Außenpolitik auf nationaler Ebene umfangreich dokumentiert ist, gibt es bisher kaum Arbeiten zur intraregionalen Vernetzung der Länder Ostmitteleuropas auf subnationaler oder kommunaler Ebene in dieser Phase. Zur Schließung dieser Lücke leistet das vorliegende Projekt einen Beitrag.

Eine erste Vermutung wäre, dass es Anstrengungen der postsozialistischen lokalen Gebietskörperschaften gegeben hat, sich mit Städten des Westens zu verbinden. Diese Vermutung wird getragen durch die Gründung der Union of Baltic Cities (UBC) im September 1991. Ihr Ziel ist die Entwicklung und der Ausbau der Kooperation und des Austausches zwischen den Mitgliedsstädten.

Das Denken in Mehrebenensystemen hat im Zuge der Globalisierung und Denationalisierung durch die Europäische Integration zugenommen. Die Vernetzung von Regionen ermöglicht diesen einen Interessenabgleich und eine Stärkung ihrer eigenen Position gegenüber den Akteuren der höheren Ebenen. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, wenn der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) sogar von Möglichkeiten einer „kommunalen Außenpolitik“ spricht. Dem Forschungsprojekt liegen die Theorien der freiwilligen horizontalen Kooperation der lokalen Ebene (Benz/Scharpf/Zintl 1992, Kropp 2010) sowie die Analyse von Netzwerken im Rahmen der Ostseekooperation (Karlsson 2004, Gebhard 2007) zugrunde.

Die Fragestellung lautet: Haben die postsozialistischen Städte die neue Weltoffenheit nach 1989/90 für eine intraregionale Vernetzung genutzt? Das Beispiel der Städtepartnerschaften der polnischen Gründungsstädte der UBC bestätigt diese Vermutung. In der Untersuchung soll dieser Testfall auf die anderen Transformationsstaaten angewendet werden. Weiterhin wird der Vektor der intraregionalen Vernetzung hinterfragt und der Vernetzung außerhalb des Ostseeraums gegenübergestellt.

Methodisch beruht der Vergleich auf einer Fallauswahl von acht postsozialistischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) die 2004 der EU beigetreten sind. Bei diesen werden je die zehn größten Städte auf ihre Partnerschaften hin betrachtet. Ausgangspunkt ist die Vermutung, dass diese Fälle die neue Offenheit (Variabel x1) genutzt haben. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass Städte die auch UBC-Mitglieder sind, zusätzlich zu grenznachbarschaftlichen Beziehungen (x2a), vor allem intraregionale Partnerschaften (x2b) ausprägen, im Gegensatz zu überregionalen Partnerschaften (x2c). Daher ist die UBC-Mitgliedschaft die unabhängige Variabel (x3). Dem gegenüber ist die intraregionale Partnerschaftsausrichtung (y) die abhängige Variabel in diesem Design.

Intraregional bedeutet im Verständnis des Forschungsprojektes eine Partnerschaft von zwei Städten innerhalb des Ostseeraumes. Dieser wird dabei funktional definiert. Hierdurch wird die Partnerschaft zwischen Thoruń (Polen) und Göttingen als grenznachbarschaftliche Beziehung, jedoch nicht als intraregionale Partnerschaft verstanden.

Literatur

- Union of Baltic Cities-Sekretariat Gdansk, Internetpräsenz der Einrichtung, www.ubc.net
- Benz, Arthur/Fritz Scharpf/Reinhard Zintl: Horizontale Politikverflechtung – zur Theorie von Verhandlungssystemen, Frankfurt am Main 1992.
- Bonin, Jenny/Nikolaus Werz/u.a.: Baltic Cities and Migration, Contributions of the UBC Workshop Baltic Cities and Migration, Problems – Potentials – Perspectives 05.-07. Oktober 2006 in Rostock, Rostock 2006.
- Gebhard, Carmen: Unravelling the Baltic Sea Conundrum – Regionalism and European Integration revisited, Baden-Baden 2009.
- Karlsson, Michael: Transnational Relations in the Baltic Sea Region, Stockholm 2004.
- Koschkar, Martin: Integriertes Küstenzonenmanagement und Klimawandel im Ostseeraum, Rostock 2010.
- Kropp, Sabine: Kooperativer Föderalismus und Politikverflechtung, Wiesbaden 2010.

Die materielle Illusion *oder* ohne Wissen ist alles nichts – Die industrielle Entwicklung Niederschlesiens 1936-1956

Die Verwerfungen Mittel- und Osteuropas während und nach dem Zweiten Weltkrieg haben zahlreiche u.a. historische Untersuchungen ausgelöst. Wirtschaftshistorische Studien spielten hierbei praktisch keine Rolle. Die umfangreichen Bevölkerungsverschiebungen bieten jedoch eine historische Gemengelage, deren Analyse zur Beantwortung hochaktueller wirtschaftlicher Fragen beitragen kann.

Polen war nach dem Weltkrieg zweigeteilt: Im Westen die ehemaligen deutschen Ostprovinzen, im Osten das Staatsgebiet, das nur noch gut die Hälfte der vorherigen zweiten Republik ausmachte. Spätestens nach der Potsdamer Konferenz stand Polen vor der Herausforderung, neben der Nachkriegsrekonstruktion der polnischen Industrie zwei ökonomisch grundverschiedene Regionen zusammenzuführen. Die Tragweite dessen wurde überwiegend unterschätzt.

In der wirtschaftshistorischen Forschung ist es ein Gemeinplatz, dass in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Produktionsmittel „wissenschaftlich produziertes Wissen“ in den Produktionsprozess Einzug gehalten hat. Die ehemaligen ostdeutschen Gebiete bilden hier keine Ausnahme. Seit dieser Erkenntnis stellt eine makroökonomische Analyse von „Wissen“ für die Wirtschaftswissenschaft wie für die Wirtschaftsgeschichte eine große Herausforderung dar. Das Beispiel Niederschlesien – und hier der Zeitraum von 1936 bis 1956 – ist geeignet, sich diesem Problem anzunähern. Mit Niederschlesien ging infolge des Potsdamer Kommuniqués eine Region auf Polen über, die – entgegen den zeitgenössischen Darstellungen und manchen wissenschaftlichen Schilderungen – den Krieg weitgehend unbeschadet überstanden hat und deren industrielles Produktionspotential bis Kriegsende deutlich weiterentwickelt wurde. Trotz dieser guten Voraussetzungen ist Niederschlesien ein Beispiel eines gescheiterten wirtschaftlichen Wiederaufbaus, womit es eine Ausnahme sowohl im West- wie auch im Osteuropa der Nachkriegszeit darstellt.

In der Dissertation wurde plausibel gemacht, dass durch Flucht und die Vertreibung der deutschen Bevölkerung das zur Fortführung der Industrieproduktion notwendige, wirtschaftlich produktive Wissen verloren ging. Die Statistiken zeigen, dass sich die Verteilung der Beschäftigten auf die jeweiligen Industriezweige von 1936 bis 1956 nur geringfügig änderte. Dem steht jedoch eine mehr als beachtliche Verschiebung des Anteils der einzelnen Industriezweige an der Gesamtproduktion gegenüber. Die Vertreibungsforschung hat früh erkannt, dass es bei der Aussiedlungspolitik eine Interessenasymmetrie zwischen den Zentralbehörden, hier insbesondere dem Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete, und den regionalen Behörden und den Betrieben auf der einen Seite gab. Während Erstere durch eine rasch durchgeführte Aussiedlung der deutschen Bevölkerung Fakten schaffen wollten für eine noch geplante Friedenskonferenz, versuchten sich viele Betriebe mit allen Mitteln gegen die Ausweisung zu wehren. Immer wieder wurde auch darauf hingewiesen, dass ohne die deutschen Facharbeiter der Betrieb stillgelegt werden müsse. Auf zentralbehördlicher Ebene ging man davon aus, dass die deutschen Facharbeiter durch polnische Kräfte ersetzt werden können. Dass 1952 über 1500 Wirtschaftsbetriebe nicht oder nur unzureichend bewirtschaftet wurden, wie die staatliche Wirtschaftsplanungskommission 1953 im Rahmen einer „Inventur“ feststellte, belegt, dass diese Befürchtung keine leere Drohung war.

Die Analyse erklärt auch, wie es 1950 zu der bisher ungeklärten, aber dennoch beachtlichen Zäsur in der Politik gegenüber den Deutschen kam. Während bis 1949 die Vertreibung der Deutschen von den Zentralbehörden mit aller Macht forciert wurde, wurden ab 1950 verschiedene Maßnahmen zur Sistierung der Deutschen ergriffen: Deutschsprachige Gottesdienste wurden wieder erlaubt, deutsche Belletristik und Presse wurde beschafft, die Lebensbedingungen sollten verbesserte werden etc. Die Bedeutung der deutschen Facharbeiter für den Produktionsprozess veranlasste die Zentralbehörden in einer radikalen Kehrtwende bei der Politik gegenüber der deutschen Minderheit.

Die Untersuchung zeigt mithin, dass die wissensbasierte Wirtschaft kein Monopol der Epoche nach 1970 ist.

The Median Voter Theorem for Russia and Central Asia: Income Inequality and Empirical Determinants of Protests

Keeping in mind the recent protests in Russia during 2011-2012 and the upcoming 100th jubilee of the October revolution in 2017 political aspects of income distribution are becoming highly relevant. The purpose of this paper is to fill theoretical and empirical gaps in the discussion of the median voter theorem (MVT) in regards to Central Asia (CA) and Russia. The MVT which has a long history, that can be traced back to the observations of Hotelling, Key, Black, Downs and Buchanan in the middle of the 20th century, is a theory of democratic elections under political pluralism, which states that political parties compete for the majority of the electorate by focusing their attention on the outcome, most preferred by a voter with a median income. The MVT can be applied not only to democratic events of elections, but also to non-democratic processes as in Acemoglu & Robertson (2006) since it is based on the idea of income distribution. Undergoing a long evolutionary process, the MVT has been an object of debates in economics and politology: one of the weak points of the given theorem is the fact that income is usually considered as a benchmark in most related theoretical models. In addition, the theorem fails to account for sharp political contrasts, institutional/cultural particularities and behavior of bureaucrats.

Clearly the MVT originates from the Western countries and its adaptation to CA and specifically to Russia in the original form would be impossible making the given theory and its implications invalid. Firstly, we should analyze income distribution in the CA and in Russia on a regional level. Our attention will be focused on Gini coefficients, poverty levels, wage and inflation dynamics, income structure, structural changes and major related reforms which took place after the fall of the USSR. We will discuss the shifts of the Lorenz and Kuznets curves. An empirical analysis using the data from the Russian regions will help us to reveal the main determinants of income distribution in Russia. Here, we will try to answer the question whether these determinants are political, institutional or economic. Secondly, we will consider theoretical models, subsequent to the MVT: the non-democratic model as in Acemoglu & Robertson (2006), the model of electoral autocracy as in Boix & Svolik (2007) and the model of election fraud as in Magaloni (2007). We will focus on the non-democratic model and related outcomes and introduce unofficial income distribution in the model adapting it to the Russian economic reality. These models will be used to explain the recent protests in Russia in 2011-2012. Thirdly, we will try to back theoretical conclusions by empirical evidence: we will estimate the determinants of protests and probability of their occurrence in the Russian regions. One of the central questions to be answered in the empirical part is whether income inequality can lead to a higher risk of protests.

Literature

- Acemoglu, Daron and James A. Robinson. 2006. *Economic Origins of Dictatorship and Democracy*. New York: Cambridge University Press.
- Acemoglu, Daron and James A. Robinson. 2002. *The Political Economy of the Kuznets Curve*. *Review of Development Economics* 6, no. 2: 183-203.
- Boix, Carles and Milan Svolik. 2007. *The Foundations of Limited Authoritarian Government: Institutions and Power-sharing in Dictatorships*. Manuscript.
- Magaloni, Beatriz. 2007. *Elections under Autocracy and the Strategic Game of Fraud* (Draft Paper), Stanford University.
- Remington, Thomas. 2011. *The politics of inequality in Russia*. New York: Cambridge University Press.

Creating Space in New Residential Areas in Riga: Urban Design and City Planning in the USSR, 1954-1985

The urban design of new residential areas in the Soviet Union has long been criticized in art history for creating open spaces being too large and lacking in clear structure. In addition, the residential areas of 1954–1985 in each republic have mostly been depicted in the literature as the aesthetic product of a single urban design - that itself underwent changes in every decade. Scholars dealing with political issues typically blamed the countless formal city planning institutions which Moscow was believed to have imposed on the periphery, such as Riga, for the creation of above described open spaces in residential areas. My objective is to trace the development of an open space aesthetic in Riga in chronological order, and to rethink the correlation of spatial aesthetics and institutions in the Soviet Union.

In order to achieve this objective I have narrowed the vague concepts of “largeness” and “disorderliness” by introducing measurable physical attributes to analyze the urban design within the framework of evolutionary aesthetics theory, which are the following: open-undefined, spacious-structured, enclosed, and blocked views. Accordingly this paper asks, firstly, which of the above mentioned attributes were prominent in the open space of residential areas in Riga and the Soviet Union during various decades? And, secondly, which formal/informal city planning institutions have been imported into the periphery from the centre of power, and which ones have emerged from Riga into the centre?

My paper answers two research questions by virtue of examining four case studies in Riga, which are compared to a wider range of examples in Moscow and Leningrad. In order to tackle the first research question on physical elements in urban design, the paper utilises recent findings in evolutionary aesthetics theory. The study employs methods of visual analysis in order to trace these physical attributes in residential areas. To answer the question dealing with the nature of institutions I trace the history as well as the centre-periphery interaction of both formal and informal city planning institutions concerning the four physical attributes.

With regard to my first research question, my hypothesis suggests that three of the above mentioned physical attributes – open-undefined, enclosed, blocked views – were gradually brought to their climax in the period of the 1960s and 1970s in Riga – as will be tested by case studies in Kengarags and Zolitude housing estates of Riga. Similar processes took place across the entire territory of the Soviet Union. By contrast, the residential areas of the Latvian capital built in the late 1950s and early 1980s were dominated by the use of a physical attribute called spacious-structured, as is exemplified by the Agenskalna Priedes and Lenina Iela projects. In this instance, it seems that Riga contrasted sharply with the concurrent developments in urban design in self-proclaimed Soviet model cities as Moscow or Leningrad.

With regard to the institutional issues addressed in the second research question, my hypothesis claims that the importation of formal institutions from Moscow to Riga was too weak in late 1950s and early 1980s. Thus Riga was able to design residential areas under the strong influence of local informal institutions. During this period Latvia’s informal institutions were also highly appreciated in other republics, but they were never promoted by Moscow to the status of formal All-Union ones. Instead, in the 1960s and 1970s Latvia, as any other republic during times of significant political centralization, had to adopt and execute formal city planning institutions imposed by Moscow. Even though Riga in some minor instances managed to abide by its informal institutions in urban design, the influence of the All-Union formal institutions was decisive in this period.

An analysis of open space aesthetics in residential areas shows that not all of them were critically large and unstructured - as demonstrated by the prominence of the physical attribute called spacious-structured in Riga. The presence of this physical attribute in Riga points to a certain political decentralization that correlates with the time it was used.

Sprachpolitik als Vergleichsgröße für Polen und Deutschland. Effektivität und Begründungen einer Sprachgesetzgebung

In demokratischen Gesellschaften spielen Integration, soziale Sicherung sowie Freiheits- und Friedensordnung eine wichtige Rolle. Sprachgesetze können die erwähnten Funktionen gewährleisten. Umso mehr ist das Thema der Sprachpolitik in der heutigen modernen Welt aktuell und erforschenswert. Mit sprachlichen Themen beschäftigen sich neulich nicht nur Ukrainer, sondern auch deutsche Politiker, z. B. im Rahmen der Integrationsdebatte. Nicht weniger interessant sind die Forderungen nach Anerkennung des Schlesischen als Sprache in Polen.

Dieser Artikel fasst die Ergebnisse einer interdisziplinär ausgerichteten und linguistisch zentrierten sprachpolitische Studie zusammen. Sie verbindet nicht nur Ansätze unterschiedlicher Fachwissenschaften, sondern auch zwei sprachwissenschaftliche Traditionen. Das Promotionsforschungsprojekt, dessen Ergebnisse ich in diesem Text präsentiere, wurde aber so konzipiert, dass sich die diversen fachwissenschaftlichen Bezüge – die slawistischen sowie die germanistischen – durch die soziolinguistische Perspektive produktiv kombinieren lassen.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen die Begründungen und die Effektivität von Sprachgesetzen. In der Fragestellung schwingt sowohl die Motivation der Gesetzgeber und Befürworter der Sprachgesetzgebung als auch die Argumentation der Gegner solcher Initiativen mit.

Als Forschungsdesign hat sich in der Dissertation ein Methodenmix bewährt. Diesen machen die Inhaltsanalyse sowie eine standardisierte Befragung aus. Es werden sowohl quantitative und qualitative Herangehensweisen und Interpretationsmethoden angewandt, die als sich ergänzende Verfahren im Rahmen der Triangulation zu verstehen sind.

Zum Datenmaterial gehören Gesetzesentwürfe und das Sprachgesetz der Republik Polen sowie die 952 Presseartikel zum Thema Sprachpolitik, die in den Jahren 1993-2008 in jeweils zwei polnischen und deutschen Tageszeitungen erschienen. Darüber hinaus gehören zum Datenmaterial laienlinguistische Äußerungen, die in einer Onlinebefragung (465 Befragte) erhoben wurden. Zusammen mit statistischen Angaben zur Ausführung des Sprachgesetzes in Polen werden diese auf die Effektivität des sprachpolitischen Agierens hin untersucht.

Die zentralen Ergebnisse lassen sich als folgende Thesen auffassen:

1. Sprachpolitik ist ein mediales Thema mit einer landestypischen Ausprägung.

Die Analyse ergab, dass Sprachpolitik in der Republik Polen sowie in der Bundesrepublik Deutschland sowohl in den Titeln als auch im Artikeltext thematisiert wird. Des Weiteren ist eine landestypische Ausprägung im in- oder ausländischen sprachpolitischen Themenbezug zu verzeichnen.

2. Polnische und deutsche Sprachbenutzer haben eine ausgeprägte Meinung zu sprachpolitischen Themen.

Die Sprache funktioniert und entwickelt sich weder dank der Sprachgesetze noch von alleine. In der bisherigen Forschung werden die Sprachbenutzer vernachlässigt. Es soll uns vor die Augen geführt werden, dass die Sprecher durch ihren Sprachgebrauch einen permanenten Einfluss auf die Entwicklung einer Sprache haben. Deswegen ist die Meinung der Sprecher zu sprachpolitischen Themen unerlässlich.

3. Kulturbezug ist einer der Faktoren beim Erlassen eines Sprachgesetzes.

Es liegen diverse Begründungen vor, ein Sprachgesetz einzuführen. Abhängig vom Vermittlungsmedium konnten mehrere Einführungsfaktoren ermittelt werden. Trotz der Vielzahl der Argumentationen, ließ sich ein gemeinsamer Faktor ausmachen: Kulturbezug.

4. Europäische Sprachpolitik hat einen Einfluss auf nationale Sprachpolitik.

Die Sprachpolitik wird von vielen nur als Empfehlung verstanden. Zwischen den politischen Entscheidungen der EU und den staatlichen Sprachpolitiken entstehen jedoch Synergieeffekte, die als Grund für die (Nicht-) Einführung eines Sprachgesetzes fungieren können. Die EU versucht mit ihrer Sprachpolitik, die Regional- und Minderheitensprachen aufzuwerten sowie die multilingualen Gesellschaften zu fördern.

5. Das polnische Sprachgesetz ist ineffektiv.

Die erzielten Ergebnisse weisen auf eine niedrige Effektivität des polnischen Sprachgesetzes hin. Diese Feststellung basiert auf den Protokollen der polnischen Kontrollinstitutionen sowie auf der Argumentation der polnischen Sprachgesetzgegner, die auf Probleme bei der Umsetzung des bereits existierenden Gesetzes eingehen.

6. Sprachvereine bzw. Sprachgesellschaften sind wichtige sprachpolitische Akteure.

Beim Vergleich der sprachpolitischen Landschaft Deutschlands und Polens sind die Sprachvereine bzw. Sprachgesellschaften eine wichtige Instanz, die bis jetzt von der Forschung ungenügend oder nur einseitig betrachtet worden ist. Die Rolle der Sprachvereine wurde unterbewertet, was man gut am Beispiel beider Länder beobachten kann.

„Sozialräumlicher Wandel“ und „Wirkungen des UNESCO-Weltkulturerbestatus“ – Retrospektive zu zwei Projekten vergleichender Stadtforschung in Mittel-Osteuropa

Auf den ersten Blick haben das Projekt „Zwischen Gentrification und Abwärtsspirale – Der sozialräumliche Wandel in Großstadtreionen des mittleren und östlichen Europa“ (IfL-Projekt)¹ und die Forschung „Ansätze perspektivischer Stadtentwicklung durch Inwertsetzung des UNESCO-Weltkulturerbestatus, untersucht in Städten peripherer und metropolier Räume“ (TU DD Projekt)² kaum etwas gemeinsam. Analyisierte und erklärte das erste Projekt die soziostrukturellen Differenzierungsprozesse und -muster nach 1990 in ausgewählten Wohnquartieren der Großstadtreionen St. Petersburg, Budapest, Sofia, Vilnius und Leipzig, untersuchte das zweite Projekt das Wirkpotenzial des UNESCO-Welterbestatus für nachhaltige Stadtentwicklung. In St. Petersburg, Stralsund und Wismar wurden dafür die soziokulturellen und ökonomischen Wirkungen des UNESCO-Labels in Abhängigkeit von den lokalen Raum- und Akteurskonstellationen rekonstruiert, anhand des normativen Konzeptes „Nachhaltige Stadtentwicklung“ bewertet und übertragbare Handlungsansätze formuliert.

Methodisch beruhten beide Forschungsprojekte zu postsozialistischen Stadtentwicklungen jedoch auf ähnlichen Vorgehensweisen, denen das Vergleichen inhärent war und die auf Theoriebildung zielten. Sie ähnelten sich zum Ersten in ihrem *theoretisch begründeten Vorgehen* (Theoriebasierung, Chen et al. 1989: 304, Cook 2000: 27, Rogers et al. 2000a: 5, Weiss 2000: 36f): Vertiefende Literaturstudien wurden der empirischen Forschung vorgelagert, um erste Vorstellungen bzw. theoretische Modelle über die Bedingungen (Kontexte) und Mechanismen zu entwickeln, die den sozialräumlichen Wandel bzw. die Wirkungen des UNESCO-Welterbelabels in Städten (mit-) bestimmen (können). Darauf aufbauend wurden forschungsleitende Hypothesen formuliert und die Untersuchungsdesigns definiert. Letzere basierten in beiden Projekten auf *Mehrfallstudiendesigns mit Mehrebenenansatz* (Yin 2003: 42ff): Eingebettet in die Analyse nationaler Rahmenbedingungen lag der Fokus auf dem Verständnis stadtreionaler Prozesse und (Wirk-)Muster, wozu vertiefend einzelne Wohnquartiere (IfL Projekt) bzw. Themenfelder der Stadtentwicklung (TU DD Projekt) untersucht wurden. In beiden Projekten wurden mehrere Stadtreionen als Fallstudien untersucht. Die *Triangulation qualitativer und quantitativer Methoden* der Sozialforschung (Flick 2004) ist darüber hinaus ein drittes gemeinsames Merkmal beider Projekte. Sekundärstatistische Analysen und standardisierte Personenbefragungen sowie qualitative Interviews, Dokumentenanalysen und – im Falle des TU DD Projektes auch – Medienanalysen wurden genutzt, um die Kontexte und akteurspezifischen Handlungslogiken (Mechanismen) zu untersuchen.

Die Möglichkeiten und Grenzen der Forschungsdesigns und des Vergleichens zeichneten sich in beiden Projekten insbesondere bezüglich der *Übertragbarkeit der Fallstudienresultate und Theoriebildung* sowie hinsichtlich der *Analyse von Mustern und Verläufen* ab. Die Erarbeitung übertragbaren, theoriebildenden Wissens basierte in beiden Projekten auf dem Aufdecken der (Wirk-) Muster und dem Verstehen der jeweiligen stadtreionalen Wandlungs- bzw. Wirkmechanismen aus einer akteurszentrierten Perspektive heraus und unter Beachtung intervenierender Kontexte (Bedingungen). Der Vergleich dieser spezifischen stadtreionalen Wirk- und Kontextverständnisse (Fallstudien) mündete in der Ableitung abstrahierter „context-mechanism-output configurations“ (Pawson et al. 1997: 217). Sie identifizierten und erklärten die wesentlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den einzelnen Fallstudien. Sie bieten damit Ansatzpunkte für Ergebnisübertragungen in ähnliche Konfigurationen und empiriebasierte Theoriebildung (u.a. Pawson et al. 1997: 127, Rogers 2000b: 232). Die Fundierung der Konfigurationsbeschreibungen profitierte dabei sowohl von der Untersuchung mehrerer Fallstudien mit ähnlichen wie unterschiedlichen Merkmalen (Yin 2003: 203ff, Pawson et al. 1997), als auch von der Plausibilisierung der Einzelfallstudienresultate durch externes Expertenwissen und theoretisches Vorwissen. Die Grenzen der Übertragbarkeit und theoriebildenden Bedeutung der

¹ Das Projekt wurde von der Deutschen Forschungsgesellschaft finanziert (2007-2011) und am Leibniz-Institut für Länderkunde, unter Mitwirkung der Autorin, bearbeitet (IfL Projekt).

² Das Projekt ist die Dissertation der Autorin, die teilweise von der Technischen Universität Dresden gefördert wurde. Die Disputation findet im Sommersemester 2013 statt (TU DD Projekt).

Projektergebnisse sind allerdings eindeutig. Sie liegen unter anderem in dem Dilemma begründet, mittels drei bzw. fünf Fallstudien nicht ausreichend die differenzierten komplexen „real life contexts“ (Yin 2000: 186) städtischer Muster und Entwicklungen erfassen zu können (Yin 2003: 47ff).

Darüber hinaus basierten sowohl die Analyse der aktuellen sozialräumlichen Muster (IfL Projekt) bzw. Wirkungen des Welterbelabels (TU DD Projekt), als auch die Beschreibung der sozialräumlichen Wandlungs- bzw. Wirkverläufe auf Vergleichsalgorithmen. Angesichts fehlender Langzeitstudien zu den Themen der Forschungsprojekte sind dabei insbesondere Aussagen zu Wandlungs- bzw. Wirkverläufen kontrovers zu diskutieren. Sie beruhten auf alternativen Vergleichen quantitativer Daten (IfL Projekt) und/oder auf der Triangulation von Dokumentenanalyse und retrospektiven qualitativen Interviews (TU DD Projekt).

Literatur

- Huey-Tsyh Chen, Peter H. Rossi (1989): Issues in Theory-driven Approach. In: Evaluation and Program Planning, S. 299-306.
- Thomas D. Cook (2000): The False Choice between Theory-based Evaluation and Experimentation. In: New Directions for Evaluation, S. 27-34.
- Uwe Flick (2004): Triangulation. Eine Einführung. VS Verlag, Wiesbaden.
- Ray Pawson, Nick Tilley (1997): Realistic Evaluation. SAGE Publications, London, Thousand Oaks, New Dehli.
- Patricia J. Rogers, Anthony Petrosino, Tracy A. Huebner, Timothy A. Hacia (2000a): Program Theory Evaluation: Practice, Promise, and Problems. In: New Directions for Evaluation, S. 5-13.
- Patricia J. Rogers (2000b): Program Theory: Not whether Programs Work But How They Work. In: Stufflebeam et al.: Evaluation Models. Kluwer Academic Publisher, S. 209-232.
- Carol Hirschon Weiss (2000): Which Links in Which Theories Shall We Evaluate? In: New Directions for Evaluation, S. 35-45.
- Robert K. Yin (2000): Case Study Evaluations: a Decade of Progress? In: Stufflebeam et al.: Evaluation Models. Kluwer Academic Publisher, S. 185-193.
- Robert K. Yin (2003): Case Study Research: Design and Methods. SAGE Publications, Thousand Oaks, London, New Dehli.

Socio-Ecological Conflicts Compared: Biofuels in Ukraine and Indonesia

Biofuels are considered as one solution to address several pressing issues including climate change and energy security concerns, and they represent a potential growth sector in times of economic downturn. As a consequence, diverse policies promote their global expansion. Against this background, the paper examines two post-totalitarian countries in two different world regions that vary in their stage of biofuel production. Ukraine is taken as an example of initial exploitation whereas Indonesia – being the largest producer of palm oil globally – is at a very advanced stage of biofuel production. In both countries various conflicts are associated with the rise of the biofuel sector. Thus, we investigate the social-ecological conflicts associated with the sector, what they have in common but also how and why they differ.

Political Ecology provides the broader theoretical research programme for the study. Consequently, questions about the access to as well as the distribution and control of resources are analysed. More specifically, the concept of society-nature relations underlines the interconnectedness of society and nature and takes the role of power relations into account. Also, the spatial factor is considered through the concept of politics of scale.

In order to get a deepened understanding of the socio-ecological conflicts expert interviews were conducted in both countries and policy documents, reports of companies as well as newspaper articles were analysed by using content analysis. As a result of being a resource-exporting country, conflicts appear on different scales. At the global level, common traits of the Eastern semi-periphery and the Southern periphery are that the production of feedstock for biofuels occurs in their respective country whereas they are largely consumed in the West or the global North. This spatial divergence in-between production and consumption causes conflicts within the producers countries but also in-between them regarding the price of feedstock. At the national level, conflicts arise in-between state apparatuses regarding the form and implementation of biofuel policies. Especially, the specifics of the close interconnection of business and politics constitute an important characteristic in both countries. At the local level, biofuel production involves land use conflicts where reformed agricultural and land policies lay the foundation for the transformation of society-nature relations. Besides these common developments spatial-temporal and historic specifics need to be considered since they influence the situation of each country decisively. This will help to carve out the peculiarities of post-Soviet Ukraine, particularly by exploring the question what kind of opposition arises and why on these grounds the production of biofuels does not develop as rapidly as in Indonesia. In the end, they are linked to existing transition literature.

Telewizja Polska S.A.: Vom Staatssender zum öffentlichen Rundfunk im Sinne einer demokratischen, partizipatorischen Media Governance?

Systemtheoretisch betrachtet fungierte das Mediensystem eines sozialistisch regierten Staates als ein Bestandteil des politischen Systems. Demgegenüber bilden Mediensysteme in modernen Demokratien eigenständige Subsysteme, die relativ autonom sich selbst regulieren. Im Zuge des Transformationsprozesses differenzieren sich alle Subsysteme des ehemaligen sozialistischen Gesellschaftssystems. In der Gesamtheit gesehen, beschleunigt sich heute in den postkommunistischen Ländern, wie auch in allen anderen westeuropäischen Staaten, die sog. funktionale Differenzierung. Es wird häufig die These aufgestellt, dass die gesellschaftlichen Potentiale nun „entfesselt“ seien. Am Fallbeispiel des öffentlichen Rundfunks in Polen („des Spitzenreiters der MOE-Region“ im Hinblick auf den Zuschauermarkt, aber auch den Gesamtmarkt betrachtet) soll diese Ausdifferenzierung zyklisch untersucht werden. Der Vorreiterrolle Polens ungeachtet lässt sich aber mit den Instrumentalisierungstheoretikern die These aufstellen: Es gab und gibt innerhalb des öffentlichen Rundfunks in Polen nach wie vor starken Staatsinterventionismus (was für viele MOE-Länder ebenfalls zu konstatieren ist). Der dominante politische Einfluss äußert sich in der langwierigen als Medienkriege bezeichneten Aushandlung von Rundfunkgesetzen, der Besetzung von Posten in der staatlichen Regulierungsbehörde, den Aufsichtsräten und Vorständen des öffentlichen Hörfunks und Fernsehens nach parteipolitischem Kalkül (politischer Parallelismus), der Abhängigkeit vom Staatshaushalt sowie einer parteipolitisch bedingten Konzessionsvergabe an die privaten Rundfunkveranstalter etc.

Die Transformation eines Mediensystems, Rundfunksystems im Besonderen, gilt als abgeschlossen, wenn dasselbe eigenständig seiner eigenen Funktionslogik folgt. Ein demo-kratisches Modell der Massenkommunikation basiert idealtypisch auf zwei Strukturprinzipien: Vielfalt und Freiheit. (vgl. Dahl 1989: 220 ff.; McQuail 1992; Artikel 11 Abs. 2 der EU-Grundrechtscharta) „Das Merkmal Freiheit richtet sich vor allem auf Strukturen, die die politische Unabhängigkeit der Medien sicherstellen.“ (Voltmer 2001: 126)

Im Zuge der dritten Transformationsphase, der Phase der demokratischen Konsolidierung, sollten die Medien idealtypisch, normativ betrachtet, zunehmend die Vermittlerrolle zwischen Bevölkerung und politischen Akteuren übernehmen (Thomaß 2007: 233). Diese Funktion wird insbesondere dem öffentlichen Rundfunk mit seinem Funktionsauftrag zugeschrieben. Im Hinblick auf den öffentlichen Rundfunk in Polen heißt Demokratisierung eine zunehmende Entpolitisierung der Rundfunkstrukturen sowie der bereits lange durch die Gesellschaft geforderter Einbezug gesellschaftlich relevanten Akteure in rundfunkpolitische Entscheidungsprozesse. Polen gilt unter den MOE Staaten als ein Land, das durch seine Tradition einer lebendigen Zivilgesellschaft Bekanntheit erlangte (z. B. durch die *solidarność* Bewegung der 80er Jahre). Im polnischen Rundfunksektor laufen aktuell Beratungen des zentralen Regulierungsorgans, des Nationalen Hörfunk- und Fernsehrats, mit anderen gesellschaftlichen Vertretern, die Möglichkeiten einer Selbst- bzw. Koregulierung betreffend.

Bereits in den 60er Jahren wurde der demokratisch-partizipatorische Ansatz von der Transformationsforschung aufgegriffen. Als *Konzept der Zivilgesellschaft* bekannt geworden, wurde jedoch eine systematische Einbeziehung der Medien in die Analyse zivilgesellschaftlicher Strukturen versäumt (vgl. Jakubowicz 1990; Tzankoff 2001: 17 f.). Die aktuellen Konzepte der Media Governance, welche für eine horizontale Ausweitung des klassischen Governments plädieren, versprechen diese Lücke zu schließen. Werner A. Meier bspw. setzt sich in seiner Forschung mit demokratischer und partizipatorischer Media Governance auseinander. Governance „ermöglicht eine ständige Austarierung von Macht und Herrschaft zwischen Staat, Wirtschaft und (Zivil-) Gesellschaft.“ (Meier 2011: 42) Meier betont dabei die zu starke Fokussierung des Media Governance Ansatzes auf Regeln und Netzwerke, wobei neben der bloßen Betonung der Partizipation aller beteiligten Stakeholder der Medienpolitik die daraus entstehenden Machtverhältnisse kaum Beachtung fänden. Dass der Media Governance Ansatz die Herrschaftsaspekte zum größten Teil ausgeblendet, also die Tatsache, dass politische Parteien nicht nur an der Lösung von Problemen interessiert sind, sondern am Gewinn oder Erhalt von Macht, thematisierte bereits Renate Mayntz. (Mayntz, 2010: 46)

Im Rahmen der JOE-Tagung ist angedacht, die nötige Theorieeinbindung in den Media Governance Ansatz vorzustellen. Als nächster Schritt soll das Untersuchungsdesign vorgestellt werden, welches als eine klassische Akteursanalyse geplant ist. Ausgehend von der durch die internationale Transformationsforschung aufgestellten Periodisierung sowie der speziell für den Medienbereich aufgestellten Indikatoren für eine erfolgreich verlaufende Transformation des Mediensystems sollen dieselben um Modi in Richtung horizontale Mitbestimmung und Bottom-up-Ansätze erweitert werden.

Literatur

- Dahl, Robert Alan (1989): *Democracy and its Critics*. New Haven/London: Yale University Press.
- Donges, Patrick (2007): Governance und Steuerung – zwei Theorieansätze im Vergleich. In: ebd. (Hrsg.): *Von der Medienpolitik zur Media Governance?* Köln: Halem, S. 67-84.
- Głowacki, Michał (2010): *Future or Funeral? A Guide to Public Service Media Regulation in Europe*. In: <http://www.article19.org/data/files/medialibrary/2760/11-10-06-europe-media-regulation.pdf> (28.10.2012)
- Jakubowicz, Karol (1990): *Musical Chairs? The Three Public Spheres of Poland*. In: *Media, Culture and Society*, 12/90, S. 195-212.
- Jakubowicz, Karol/Sükösd, Miklós (2008): *Finding the Right Place on the Map. Central and Eastern European Media Change in a Global Perspective*. Bristol, UK/Chicago: Intellect.
- Kleinstauber, Hans Joachim (2011): Zur Einleitung. In: Kleinstauber, Hans Joachim/Nehls, Sabine (Hrsg.): *Media Governance in Europa*. Wiesbaden: VS, S. 9-21.
- Mayntz, Renate (2010): Governance im modernen Staat. In: Benz, Arthur/Dose, Nicolai (Hrsg.): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS, S. 37-48.
- McQuail, Denis (1992): *Media Performance: Mass Communication and the Public Interest*. London: Sage.
- Meier, Werner A. (2011): Demokratie und Media Governance in Europa. In: Kleinstauber, Hans Joachim/Nehls, Sabine (Hrsg.): *Media Governance in Europa*. Wiesbaden: VS, S. 37-55.
- Merkel, Wolfgang/Thiery, Peter (2010): *Systemwechsel*. In: Hans-Joachim Lauth (Hrsg.): *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung. Lehrbuch*. Wiesbaden: VS, S. 186-212.
- Tzankhoff, Michaela (2001): Die deutsche Transformationsforschung nach 1989 – Ein Überblick. In: Thomaß, Barbara/Tzankhoff, Michaela (Hrsg.): *Medien und Transformation in Osteuropa*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 9-37.
- Thomaß, Barbara (2007): Osteuropa. In: ebd. (Hrsg.): *Mediensysteme im internationalen Vergleich*. Konstanz: UVK, S. 229-245.
- Voltmer, Katrin (2000): Massenmedien und demokratische Transformation in Osteuropa. Strukturen und Dynamik öffentlicher Kommunikation im Prozeß des Regimewechsels. In: Klingemann, Heinz-Dieter / Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): *Die Zukunft der Demokratie*. Berlin: Edition Sigma, S.123-147.

Geistes- und sozialwissenschaftliche Diskurse und Kulturen als Translationsproblem

Das Übersetzungs- und kulturwissenschaftliche Dissertationsprojekt beschäftigt sich mit den Repräsentationen russischer akademischer Kulturen und Diskurse in Deutschland und untersucht die sich aus den Unterschieden zwischen den Wissenschaftskulturen ergebenden Schwierigkeiten für die Übersetzung russischer geistes- und sozialwissenschaftlicher Texte ins Deutsche.

Die meisten Arbeiten zu kulturellen Besonderheiten der deutsch-russischen bzw. west- und osteuropäischen Wissenschaftsstile gehen quantitativ und verallgemeinernd und gehen fast ausschließlich auf die sprachlich-stilistische Ebene und die Konventionen des wissenschaftlichen Schreibens ein, konzentrieren sich auf die Textoberfläche und betrachten die Originaltexte verschiedener Sprachen- und Kulturpaare isoliert voneinander. Ich berücksichtige zwar die Ergebnisse dieser Untersuchungen, analysiere aber die übersetzten Texte in der Situation der Kulturbegegnung, wo die „außersprachlichen“ Unterschiede (Diskurse, Themen, Methoden, Einstellung zum Wissen usw.) als wesentlich problematischer erscheinen.

Die Kommunikation zwischen russischen und deutschen Geistes- und Sozialwissenschaftlern ist größtenteils auf die Übersetzung, oder Translation, angewiesen. Ich gehe von einem weiten Translationsbegriff als komplexen inter- und transkulturellen Kommunikations- und Transformationsprozess (Bachmann-Medick/Buden 2008) aus, in dem nicht nur interlinguale Vermittlung, sondern auch ein Kulturtransfer (Espagne 1988) intellektuelle Netzwerke, Akteure (Wissenschaftler selbst, Übersetzer, Redakteure, Institutionen, Zielgruppen) in ihrer Vermittlerrolle (Serres 1992; Holz-Mänttari 1984) sowie die „Asymmetrien der Macht“ (Prunč 2007) eine bedeutende Rolle spielen.

Die Translation bietet keine vollständige Abbildung fremder Kulturen und Diskurse (Foucault, Bourdieu). Die Akteure im Translationsprozess verfügen über die Macht, das ihrer Ansicht nach für die jeweilige Zielkultur Relevante auszuwählen und somit eigene Diskurse über die fremde Kultur zu konstituieren. Fremde Texte und Diskurse werden transformiert, so dass sie vom Zielpublikum rezipiert, verstanden und ernst genommen werden können. Nur in dem Fall können sie möglicherweise an diskursiven Praktiken der Zielkultur teilhaben. Dies kann kaum durch die Übersetzung gewährleistet werden, die auf sprachlicher Äquivalenz beruht und sich als Ziel eine „treue“ Abbildung des Originals setzt (Jänis 2010; Vehmas-Lehto 1989).

Ziel der Arbeit ist aufzuzeigen, wie der dynamische Translationsprozess aussieht, welche Probleme dabei aufkommen und wie die Akteure diese lösen und somit in vielen Fällen eine erfolgreiche Kommunikation oder zumindest einen Schritt zur Annäherung zwischen verschiedenen Kulturen und Diskursen ermöglichen. Das Untersuchungsobjekt sind verschiedene deutsch-russische Publikationsprojekte aus dem Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften: [1] einige Sonderausgaben und reguläre Hefte der Zeitschrift *Osteuropa* (2003- 2008), [2] Kataloge der Kunstaussstellungen *Berlin-Moskau*, *Moskva-Berlin* (1998 und 2004) und [3] Sammelband *Russische Übersetzungswissenschaft an der Schwelle zum 21. Jahrhundert* (2013). In den ersten zwei Fällen handelt es sich um die Fachtexte (gesellschaftspolitische bzw. kunsthistorische), die sich an ein breiteres Publikum richten. Im dritten geht es um die (Re)präsentation eines speziellen russischen Fachdiskurses. Die drei Fallstudien zeigen, dass die Übersetzungsprobleme in den verschiedenen Disziplinen einige Gemeinsamkeiten aufweisen und unterschiedlich gelöst werden können.

Anhand konkreter Übersetzungsanalysen werden die wesentlichen Translationsprobleme vorgestellt: u.a. intertextuelle Bezüge auf literarische Werke bzw. landesinterne (Fach)diskurse; Inkommensurabilität (Kuhn 1962) fremder Diskurse (z.B. „autochthone“ Disziplinen wie *lingvokul'turologija* oder orthodox-patriotischer Diskurse), fremdkultureller Begriffssysteme, Methoden und Paradigmen; abweichendes Hintergrundwissen des Ausgangs- und Zieltextlesers; Akzentuierung anderer Themen; Textorganisation (z.B. Funktion, Form und Inhalt von Einleitung und Abschlusspassage, logischer Aufbau des Textes usw.); Repräsentationen des Autors im Text; auch Stil und Expressivität usw.

Folgende Aspekte werden diskutiert: verschiedene Lösungen aus der Praxis, die Folgen der De-Platzierung der Texte in eine neue kulturelle Umgebung, die Rolle einzelner Akteure des Translationsprozesses, die Sichtbarkeit der Übersetzungsprozesse, mögliche Wege der Vermittlung fremder Kultur und produktive Strategien der Konstruktion von Andersheit. Schließlich werden Möglichkeiten und Grenzen der kulturellen Übersetzung (Bachmann-Medick 2007) skizziert. Das Ergebnis des Vergleichs in der Situation translatorischer Praxis ist kein konstatierendes oder präskriptives, sondern vielmehr eine „Erweiterung des menschlichen Diskursuniversums“ (Geertz 1983; Matthes 1992) und ein Anstoß zu einer bewussteren Wahrnehmung der eigenkulturellen Wissenschafts- und Translationskultur (Prunč 2007).

Literatur

- Bachmann-Medick, Doris: Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften, Reinbek bei Hamburg 2007 (2. Aufl.).
- Bachmann-Medick, Doris / Buden, Boris: Kulturwissenschaften - eine Übersetzungsperspektive, <http://eicp.net/transversal/0908/bachmannmedick-buden/de>, 06/2008, [letzter Zugriff: 03.03.2013].
- Espagne, Michel (m. Michael Werner) (Hrsg.): Transferts. Les relations interculturelles dans l'espace franco-allemand (XVIIIe et XIXe siècle), Paris 1988.
- Geertz, Clifford: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt/Main 1983.
- Holz-Mänttari, Justa: Translatorisches Handeln. Theorie und Methode, Helsinki 1984.
- Jäms, Marja: Ethics of translator's agency: Translating Russian journalistic texts into Finnish, in: Kinnunen, Tuija, Koskinen, Kaisa: Translator's Agency, Tampere 2010, 108-125.
- Kuhn, Thomas: The Structure of Scientific Revolutions, Chicago 1962; deutsch: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt/Main 1967.
- Matthes, Joachim. The Operation Called „Vergleichen“, in: Matthes, Joachim (Hrsg.): Zwischen den Kulturen? Die Sozialwissenschaften vor dem Problem des Kulturvergleichs, Göttingen 1992, 75–99.
- Prunč, Erich: Entwicklungslinien der Translationswissenschaft. Von den Asymmetrien der Sprachen zu den Asymmetrien der Macht, Berlin 2007.
- Serres, Michel: Hermès III - La traduction, Paris 1974; deutsch: Hermes III. Übersetzung, Berlin 1992.
- Vehmas-Lehto, Inkeri: Quasi-correctness. A critical study of Finnish translations of Russian journalistic texts, Helsinki 1989.

Die Rolle der EU in der Konfliktbeilegung im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP): ein Vergleich des EU Einsatzes in der Süd- und der Ostdimension der ENP

Die Europäische Union betrachtet in der Praxis trotz einer einheitlichen europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) die Konfliktbearbeitung in der Nachbarschaftsregion bei der Transformationsförderung durch die bilateral angelegte europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) unterschiedlich je nach Region. Wie erklärt sich diese Praxis in der Transformationsförderung verschiedener Regionen? (Gibt es ein regionalens bzw. konzeptuelles Paradoxon?)

Die Konfliktbearbeitung und die Transformationsförderung haben im bilateralen Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) in verschiedenen Regionen verschiedene Prioritäten.

Die ENP versucht aus der Sicht der EU einen Ring von gut regierten Nachbarstaaten zu schaffen, die eine gemeinsame Zone der Stabilität, der Sicherheit und des Wohlstands teilen. Da das Politikdesign jedoch der Heterogenität der Adressaten nicht gerecht werden und der damit einhergehenden Kritik nicht standhalten konnte, wurde die ENP 2008 bzw. 2009 in eine östliche und eine südliche Dimension aufgespalten, um so die Besonderheiten der jeweiligen Region besser berücksichtigen zu können.

Die euromediterrane Dimension ist dabei vornehmlich von der Prominenz des Israelisch-Palästinensischen Konfliktes geprägt, wohingegen in der östlichen Dimension der ENP vor allem der Nagorno-Karabach Konflikt bei der Betrachtung der regionalen sicherheitspolitische Lage alle anderen eher innerstaatlichen „frozen conflicts“ überragt.

Die Anliegen der 2003 entstandenen europäischen Sicherheitsstrategie (ESS), die sich auch in der ENP wiederfinden und dazu beigetragen haben, dass eine nicht direkt benachbarte Region (Südkaucasus) nachträglich in die ENP aufgenommen wurde, scheinen in der bilateralen Struktur der ENP verschiedentlich zur Geltung zu kommen. Obwohl die südliche Dimension der ENP (Mediterrane Union) den Erfolg der Transformationsförderung von der Konfliktbearbeitung abhängig macht, wird in der östlichen Dimension der ENP die sicherheitspolitische Komponente, die paradoxerweise für die Aufnahme einer konfliktträchtigen osteuropäischen Region in die ENP just gesorgt hat, eher nachlässig behandelt.

Wie erklärt sich das Verhalten der EU innerhalb der europäischen Nachbarschaftspolitik im südkaucasischen Konflikt, zwischen Armenien und Aserbaidshans auf der einen und im Nahen Osten zwischen Israel und Palästinensischen Autonomiegebieten auf der anderen Seite?

Bei der Beantwortung dieser Frage sollen die Kerndokumente der Europäischen Union berücksichtigt werden, in denen sich die EU zu der Konfliktbearbeitung in den genannten Regionen positioniert und zugleich ein Vergleich der „Östliche Partnerschaft - Mediterrane Union“ Konzeptionen im Hinblick auf deren Ziele in der Konfliktbeilegung und deren Beziehung zu einer potentiell erfolgreichen Transformation in beiden Regionen stattfinden. Es sollen auch die aktuellsten Bilanzen der jeweiligen Konzeptionen zu Rate gezogen werden.

Welchen Einfluss haben Polizeimissionen? Bosnien-Herzegowina und Mazedonien im Vergleich

Die Polizei kann in Konfliktsituationen zur Verstärkung der Gewalt, insbesondere in ihrem Tätigkeitsfeld – dem lokalen Raum –, beitragen. Dies gilt insbesondere dann, wenn es sich in der Konfliktsituation um ethnisch motivierte, politische Gewalt handelt, im Zuge derer die Polizei für politische Ziele instrumentalisiert und militarisiert wird und die Polizei gegen die jeweils andere(n) Ethnie(n) agiert. In Postkonfliktsituationen gilt folglich die Reform der Polizei als zentraler Faktor für die dauerhafte Einhegung von Gewalt, denn zum einen muss sie als neutraler Akteur professionalisiert werden und zum anderen sollte sie in der Lage sein den Schutz der Bürger selbstständig zu gewährleisten.¹

Die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien waren durch ethnisch motivierte, politische Gewalt gekennzeichnet an der in den Fällen Bosnien-Herzegowina (BIH) und Mazedonien (MK) Polizisten ebenfalls beteiligt waren. Das Polizeiwesen in BIH galt als Vermächtnis des jugoslawischen Bundesstaates als fragmentiert, schlecht ausgebildet und unterfinanziert. Während des Bosnienkrieges wurde die Polizei politisiert und militarisiert. Angelehnt an die jeweilige ethnische Zugehörigkeit bildeten sich aus der Polizei heraus paramilitärische Gruppierungen², die an Kriegsverbrechen beteiligt waren.³ Auch nach Kriegsende galt die bosnische Polizei als Unsicherheitsfaktor.⁴ In MK war die Problemlage im Kontext der Mazedonienkrise 2001 ähnlich: Polizeistrukturen gestalteten sich vor und während der Krise unprofessionell und politisiert, es bestanden deutliche Ausbildungsschwächen, die albanische Minderheit war unterrepräsentiert und mazedonische Polizisten gingen gegen Albaner repressiver vor als gegen Mazedonier.⁵ Die dauerhafte Einhegung von Gewalt nach den Konflikten hing u.a. davon ab, inwieweit das Polizeiwesen professionalisiert wurde und die Polizei frei von ethnischen Präferenzen die Sicherung von Recht und Ordnung ausführen konnte. Polizeireformen waren dafür unabdingbar. Um diese Prozess zu unterstützen, setzte die internationale Gemeinschaft in BIH und MK Polizeimissionen als peacebuilding-Instrument ein. In BIH wurde 1995 eine Polizeimission im Rahmen des UN-Mandats (UNMIBH-IPTF) eingesetzt. 2002 wurde diese Aufgabe von der EUPM-Mission, entsendet durch die EU, übernommen. Die EUPM-Mission war bis Mitte 2012 in BIH aktiv. Eine, wenn auch unvollständige, Polizeireform wurde, trotz der langen Missionspräsenz erst 2008 auf den Weg gebracht.⁶ In MK hingegen verlief der Reformprozess deutlich schneller, quasi parallel mit den von der EU entsendeten Polizeimissionen Proxima und EUPAT.⁷

Wie lassen sich die Unterschiede in den Polizeireformprozessen beider Länder erklären? Ziel des präsentierten Beitrages ist es, eingebunden in eine Policy- und Organisationsanalyse, unter der Fragestellung nach dem Einfluss von Polizeimissionen darzustellen, inwiefern sich die Unterschiede in den Reformprozessen auf länderspezifische oder missionspezifische Variablen zurückführen lassen. Methodisch fragt der Beitrag hinsichtlich des Vergleichsdesigns, inwiefern es sich bei diesem Ländervergleich um ‚genügend‘ Gemeinsamkeiten handelt um von einem *most similar cases design* zu sprechen oder ob es sich um ein *most different cases design* handelt. Die Wirkungsanalyse erfolgt im Fallvergleich anhand von Interviewdaten, staatlichen Quellen, Dokumenten der Missionen sowie Sekundärliteratur.

¹ Vgl. Jackson, Arrick; Lyon, Alynna (2001): Policing After Ethnic Conflict: Culture, Democratic Policing, Politics and the Public. In: Policing: An International Journal of Police Strategies & Management 25 (2), S. 564.

² Vgl. Perdan, Slobodan (2006): Security Sector Reform: The Building of Security in Bosnia and Herzegovina. In: Conflict, Security & Development 6 (2), S. 179–209 sowie Kuperman, Alan J. (2008): The Moral Hazard of Humanitarian Intervention: Lessons from the Balkans. In: International Studies Quarterly 52 (1), S. 49–80.

³ Vgl. Grillot, Suzette R. (2008): Policing Via Principles: Reforming the Use of Force in the Western Balkans. In: East European Politics & Societies 22 (2), S. 319–346 sowie Muehlmann, Thomas (2008): Police Restructuring in Bosnia-Herzegovina: Problems of Internationally-led Security Sector Reform. In: Journal of Intervention and Statebuilding 2 (1), S. 1–22.

⁴ Vgl. Collantes Celador, Gemma (2009): Becoming ‘European’ through Police Reform: A Successful Strategy in Bosnia and Herzegovina? In: Crime Law Social Change 51 (2), S. 231–242 sowie Ivković, Sanja K.; Shelley, Tara O’Connor (2005): The Bosnian Police and Police Integrity: A Continuing Story. In: European Journal of Criminology 2 (4), S. 428–464.

⁵ Vgl. Badeva, Rajna (2004): Die Polizeireform in Mazedonien als Teil der Sicherheitssektorreform. In: Hans J. Gießmann und Patricia Schneider (Hg.): Friedenskonsolidierung auf dem Balkan: Probleme und Perspektiven. Hamburg: Institut for Peace Research and Security Policy, S. 91–103; Flessenkemper, Tobias (2008): EUPOL Proxima in Macedonia, 2003–05. In: Michael Merlingen und Rasa Ostrauskaite (Hg.): European Security and Defence Policy: An Implementation Perspective: Routledge, S. 78–96 sowie Grillot, Suzette R. (2008): Policing Via Principles: Reforming the Use of Force in the Western Balkans. In: East European Politics & Societies 22 (2), S. 319–346.

⁶ Vgl. Richter, Solveig (2008): Das Ende einer Odyssee in Bosnien-Herzegowina. SWP-Aktuell 41 Berlin.

⁷ Vgl. Ioannides, Isabelle (2006): EU Police Reform in Macedonia: ‘Learning-by-Doing’? CFSP Forum 4(4), S. 5–8.

Transfer, Diffusion oder differenzierte Integration? Die europäische Roma-Politik nach der EU-Osterweiterung

Mit der EU-Osterweiterung hat sich die Heterogenität der EU-Mitglieder in vielen Politikbereichen erhöht. Folglich sind europäische Symbolprojekte wie die Eurozone und das Schengener Abkommen bereits zu Sinnbildern für verschiedene Konzepte der differenzierten Integration geworden – von der variablen Geometrie über Kerneuropa bis zum Europa à la Carte. So ist die EU in ihrer heutigen Form vor allem dadurch gekennzeichnet, dass nicht alle Mitgliedstaaten gleichermaßen in allen Politikfeldern mitwirken. Gleichzeitig beteiligen sich auch immer mehr Staaten außerhalb der EU durch Assoziierungsverträge oder bilaterale Abkommen an bestimmten Feldern europäischer Governance.

Ein besonders anschauliches Beispiel differenzierter Integration – insbesondere im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung – ist der Minderheitenschutz. Im Vertrag von Lissabon wurde in Art. 2 EUV (Grundwerte der Union) erstmals die „Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören“ in einem primärrechtlichen Text verankert. Dennoch ist Minderheitenschutz kein einheitliches Politikfeld. Die Schutzniveaus einzelner Mitgliedsstaaten sind sehr unterschiedlich und reichen von einer verfassungsmäßigen Absicherung der Minderheitenrechte bis zur gänzlichen Leugnung der Existenz von ethnischen oder nationalen Minderheiten auf dem eigenen Territorium. Überdies ist eine durch den EU-Erweiterungsprozess entstandene Diskrepanz festzustellen. Während etwa alle mittel- und osteuropäischen Länder das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarats im Zuge des EU-Beitritts ratifiziert haben, ist dies nicht in allen Teilen der EU-15 geschehen.

Das Paper untersucht die differenzierte Integration im Bereich des Minderheitenschutzes am Beispiel der Roma-Politik. In diesem Problemkomplex haben sich regionale Regime herausgebildet. Der Diskriminierungsschutz ist weitestgehend mit den EU-Richtlinien RL 2000/78/EG („Gleichbehandlungsrichtlinie“) und RL 2000/43/EG („Antirassismusrichtlinie“) abgedeckt. Die Roma-Politik wurde jüngst zusätzlich mit der Rahmenstrategie auf EU-Ebene angesprochen. Das Programm legt EU-weite Ziele für die Integration der Roma in der EU fest, insbesondere zur Verbesserung ihrer Situation in den Bereichen Gesundheitswesen, Bildung, Beschäftigung und Wohnen. Bis März 2012 hatten alle EU-Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer breiter angelegten Politik zur Förderung der sozialen Einbeziehung eine nationale Strategie zur Integration der Roma oder ein entsprechendes Bündel politischer Maßnahmen vorgelegt. Einige haben beschlossen, vor dem Hintergrund des EU-Rahmens ihre bestehenden Strategien zu überarbeiten, während andere erstmals eine nationale Strategie entworfen haben. Die nationalen Strategien unterscheiden sich je nach der Größe der Roma-Bevölkerung und den Herausforderungen, die die Mitgliedstaaten angehen müssen. Die Europäische Kommission verpflichtete sich ihrerseits, die nationalen Roma-Integrationsstrategien zu bewerten und dem Europäischen Parlament und dem Rat Bericht zu erstatten.²

Das Paper thematisiert die Konsequenzen differenzierter Integration für die Dynamiken und Prozesse der EU-Minderheitenpolitik. Wie kann man differenzierte Integration konzeptionell erfassen? Welche Erklärungen können wir für die differenzierte Integration im Bereich der Roma-Politik anführen? Ferner behandelt der Beitrag die Frage, welche Rückkopplungsprozesse der EU-Konditionalitätspolitik zu erkennen sind und ob diese durch *Spill-over* zu einer umfassenderen EU-Minderheitenpolitik beitragen können.

Grundsätzlich werden drei Formen der differenzierten Integration in Bezug auf die EU-Minderheitenpolitik diskutiert (zeitlich, inhaltlich, räumlich).³ Die Roma-Politik – so die These dieses

¹ Dr. Christoph Schnellbach ist Junior Visiting Research Fellow am Donau-Institut für Interdisziplinäre Forschung der Andrassy Universität Budapest im Rahmen des TÁMOP-Projekts Nr. 4.2.2/B-10/1-2010-0015

² Mitteilung „Nationale Strategien zur Integration der Roma: erster Schritt zur Umsetzung des EU-Rahmens“, SWD(2012) 133 final vom 21. Mai 2012.

³ In der Literatur werden mehrere Formen und Dimensionen der differenzierten Integration angeführt, von denen aber die drei genannten einen Minimalkonsens bilden; vgl. dazu Stubb, Alexander (1996) „A Categorization of Differentiated Integration“, in: *Journal of Common Market Studies*, 34: 2, S. 283-295; siehe auch Holzinger, Katharina / Schimmelfennig, Frank (2012): „Differentiated Integration in the European Union: Many Concepts, Sparse Theory, Few Data“, in: *Journal of European Public Policy*, 19: 2, S. 292-305.

Papers – lässt sich in die inhaltliche (sektorale) Kategorie differenzierter Integration einordnen. In diesem Bereich ist insgesamt ein erhöhtes Interesse der EU an der Lebenssituation der Roma im Zuge des Beitrittsprozesses zu erkennen. Diese Bemühungen auf der EU-Ebene betreffen eher programmatische Aspekte der Roma-Politik, während institutionelle Arrangements zur Verbesserung der Situation der Roma eher auf der nationalstaatlicher Ebene zu implementieren sind. Hier ist vor allem auf die Rolle von NGOs und transnationalen Netzwerken zu verweisen – im komplexen Beziehungsgeflecht zwischen der EU und den Mitgliedsländern spielen sie eine immer wichtigere Rolle. Die Aktivitäten auf EU-Ebene lassen bereits auf eine sich abzeichnende Diffusion von Innovationen, Ideen und Politikmodellen schließen.

Judicial Alignment and Criminal Justice: Evidence from Russian Courts

The following empirical study contributes to a discussion in the law and economics literature on the determinants of judicial independence. Previous papers have identified and discussed the role of external veto players and institutional factors for assessing the degree of judicial independence. We are going to focus on a veto player inside the judiciary: the prosecutor. In Russian criminal judiciary bureaucrats are evaluated according to a “reporting scheme” which incentivizes them to “process” a specific number of criminal cases instead of uncovering the truth (Paneyakh 2011). The relationship between judge and prosecutor is characterized by prosecutors who use their influence to set limits to judicial discretion in order to ensure the most favorable trial outcome for the prosecution: convictions with high prison sentences. If the judge substantially deviates from the initial claim of the prosecution, the prosecutor will appeal against the decision at the next highest court, putting the judge at risk, since his decision is likely to be overturned (which will negatively affect his salary and his career prospects) leading to the observations that judges almost always follow the “recommendation” of the prosecutor (Paneyakh et al. 2010).

In our study we argue that the degree of this “sentencing pressure” is determined by the informal ties between the regional court chairperson and regional prosecutor which are based on their mutual career backgrounds.¹ In order to test the influence of informal ties we scrutinize the publically available biographies and compile an explanatory variable which we call chairperson-prosecutor alignment. This variable measures the duration the incumbent court chairperson and the regional prosecutor have worked “side by side”. In order to study the influence of the alignment variable on criminal trial outcomes we investigate criminal cases initiated on the basis of fraud allegations. Due to the opaque phrasing of the fraud article (art. 159), it enjoys “great popularity” among prosecutors for processing various economic crimes and harassing entrepreneurs. At the same time the Russian law provides judges with a large discretion whether to sentence the convict to prison or release him on probation. This decision is based on the personal traits of the criminal only (whether he represents a severe threat to society) and matters a lot when comparing a 10 years imprisonment with a conditional release.

We will exploit this reputed discretion by compiling a dependent variable measuring the share of prison sentences in the sum of prison sentences and conditional sentences for fraud convictions (called repression rate). In a regression analysis with data for 2010 we find that the alignment variable has a negative and highly significant effect on the repression ratio. In other words, a long period of mutual interaction between court chairperson and regional prosecutor is associated with a less repressive implementation of criminal justice. We interpret our findings as evidence for informal alliances mitigating the adverse effects of the repressive implementation of criminal justice. In paraphrasing a different but similar argument in the discussion on the effect of corruption on economic growth, we consider informal ties as “grease in the wheels of the judiciary”². Close relationships based on long lasting collaboration may correct existing bureaucratic failures with the effect of increasing judicial discretion and thus reducing the repressive implementation of criminal law.

¹ Due to the highly hierarchical structure of both regional courts and prosecutors’ office the chairpersons of both institutions almost absolute authority and can directly and indirectly influence the behavior of their subordinates (Volkov et al. 2012).

² For a similar discussion on informal relationships, however in a different context, see the literature on the positive effect of corruption on economic growth (Bardhan 1997, Jain 2001, Aidt 2003, and Svenson 2005).

A Political Perspective on the Sub-national Expansion of Mobile Capital

In the following abstract I will outline my research project on the sub-national expansion of foreign and national retail chains in the Russian Federation since the late 1990s. Specifically, I am interested to which extent the regional variation of political and bureaucratic factors can explain the “attractiveness” of regions from the perspective of an external investor (e.g. retail chain) willing to get access to a new regional consumer market (e.g. by opening a new store). For this purpose, I will study the sub-national proliferation of retail hypermarkets which enjoyed great popularity among retail chains in the 2000s for expanding into new regional markets. The hypermarket is the largest retail store format primarily located in urban areas, either as “stand-alone” retail outlet or integrated into a larger shopping mall. In order to deal with the ambiguity of the hypermarket “concept” and clearly define and justify my “object of investigation” four more comments are required. First, in order to distinguish hypermarkets from other retail store formats (and to escape the ambiguous usage of this term by different retail companies), I will follow the Russian legal standard and define hypermarkets as retail outlets with a size of at least 4 thousand square meters.¹ Second, I will focus on federal retail chains only, which are companies which operate hypermarkets in at least two regions (as of 31.12.2011). Third, hypermarkets are particularly well suited for a study on the political determinants of sub-national location choice. On the one hand, retail chains may be indifferent between investments in economically similar regions (e.g. in terms of income per capita or population density), but may base their choice on the degree of the regulation, quality of the regional bureaucracy, and “business-friendliness” of the regional government. On the other hand, politicians who are aware of the infrastructural and economic deficits of their regions may actively lobby external investors by promising more “institutional security” compared to other regions. Finally, the investments of retail chain matters in terms of transaction size, employment, signaling, and prestige, and therefore find considerable media coverage which substantially increase availability and quality of hypermarket data compared to other retail store formats. The heart of my empirical strategy is a conditional logit model which estimates the probability of a retail chain investment choice in a particular region (in the form of a hypermarket store opening) based on explanatory variables that characterize the retail chains making the specific hypermarket investment decisions, and explanatory variables which capture the political and economic characteristics of the regions (choice alternatives). Specifically, the dataset includes 44 retail chains operating 699 hypermarkets in 59 regions (1995-2011). Unfortunately, due to the “work-in-progress” status of this work, only the data collection exercise has been accomplished, while specific empirical results have not been estimated yet (but are presented in the full-text version).

¹ Compare GOST P 51773-2009 National standard of the Russian Federation; Retail act, Classification of retail enterprises (Services of trade. Classification of trade enterprises)

Mehr als demokratische Fassade. Parlamente und ihre Funktionen in Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgisistan und der Ukraine

Die Mehrheit aller Staaten hat, unabhängig von ihrem Regimetyp, ein Parlament (Svolik 2012). Anders als zur Rolle von Parlamenten in demokratischen Staaten oder für Systemtransformation gibt es bislang nur wenige Arbeiten, die sich explizit der Bedeutung von Parlamenten in nicht-demokratischen Kontexten widmen. Dieser Forschungslücke geschuldet sind die widersprüchlichen Befunde über die Rolle von Parlamenten in autoritären Regimen. Wahlweise gelten Parlamente als demokratische Fassade, als willfährige Erfüllungsgehilfen der Exekutive („rubber-stamps“) (Baldwin 2004), als eigenständige Akteure oder Einfallstor für externe Demokratisierungsbestrebungen.¹ Bislang mangelt es an Studien darüber, unter welchen Bedingungen diese Vermutungen jeweils zutreffen.

Diese Arbeit trägt durch den systematischen Vergleich von Parlamenten in hybriden und autoritären Regimen zur Schließung dieser Forschungslücke bei. Dabei stehen die Fragen im Mittelpunkt (1) welche Aufgaben von diesen Parlamenten und ihren Mitgliedern wahrgenommen werden und (2) wie sich die Erfüllung der Funktionen in parlamentarischem Einfluss niederschlägt.

Um diese Fragen zu beantworten, wird die Tätigkeit von Parlamenten in nicht-demokratischen Staaten verglichen. Der Fokus liegt dabei auf der Erfüllung von Parlamentsfunktionen durch die Parlamente und ihre Mitglieder. Die Arbeit umfasst vier Fälle aus dem postsowjetischen Raum (in der vorläufigen Fallauswahl Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgisistan und Ukraine). Allgemein wird hier ein „most similar systems“ Forschungsdesign verfolgt, ergänzt um das zusätzliche Auswahlkriterium des Autoritarismusgrades. Ausgewählt wurden zwei Fälle aus stark autoritären und zwei Fälle aus hybriden Regimen.

Der Vergleich der Parlamentstätigkeiten orientiert sich die Arbeit an dem Funktionskatalog von Patzelt (2003), dessen Breite es erlaubt, Parlamentsfunktionen weit über legislative Tätigkeit hinaus zu erfassen. Berücksichtigt werden u.a. Responsivität, Kommunikationsfunktion, Kontrolle der Exekutive, Regierungsbildung und Zugang der Bürger zu ihren Abgeordneten. Um Fällen gerecht zu werden, in denen sich die Parlamentstätigkeiten stark von denen in vollständig herausgebildeten Demokratien unterscheiden, werden weitere Funktionen nach Packenham (1970) einbezogen. Diese sind nicht am demokratischen Parlamentsideal ausgerichtet, weshalb ein breites Spektrum an Aktivitäten berücksichtigt wird. Erfasst werden die Funktionen durch eine Analyse offizieller Dokumenten und durch Interviews mit Abgeordneten. Neben der Frage, inwiefern sich die Instrumente der „klassischen“ vergleichenden Parlamentsforschung² auf nicht-demokratische Fälle übertragen lassen, verspricht sich die Arbeit Erkenntnisse darüber, wie sich die Aktivitäten von Parlamenten in nicht-demokratischen Staaten in Einfluss ummünzen. Letztendlich führt dies zu einem besseren Verständnis der Bedeutung, die Parlamente für derartige Regime haben.

Literatur

- Baldwin, Nicholas D.J. (2004): Concluding Observations: Legislative Weakness, Scrutinising Strength? In: *Journal of Legislative Studies* 10 (2/3): 295-302.
- Gandhi, Jennifer (2008): *Political Institutions under Dictatorship*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Malesky, Edmund / Schuler, Paul (2009): *Measuring (and Explaining) Delegate Responsiveness in an Authoritarian Parliament*. Political Concepts. Committee on Concepts and Methods Working Paper Series, No. 34, October 2009.
- Marschall, Stefan (2005): *Parlamentarismus. Eine Einführung* [Studienkurs Politikwissenschaft]. Baden-Baden: Nomos.
- Packenham, Robert A. (1970): *Legislatures and Political Development*. In: Kornberg, Alan / Musolf, Lloyd D. (ed.) (1970): *Legislatures in a Developmental Perspective*, 521-582.
- Patzelt, Werner J. (Hg.) (2003): *Parlamente und ihre Funktionen. Institutionelle Mechanismen und institutionelles Lernen im Vergleich*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Svolik, Milan W. (2012): *The Politics of Authoritarian Rule*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.

¹ Zusammenfassungen finden sich bei Gandhi (2008) und Malesky / Schuler (2009).

² Für einen Überblick über die Funktionskataloge siehe Marschall (2005: 139-141).

Development of Tax Law in Transformation States - *casus* Poland

A tax system plays a vital role in functioning of the state. Taxes are the source of the state's income and its ability to provide services to its citizens.

After regaining its independence in 1918, Poland strove to create a national legal tax system. The success of a newly introduced legal framework of the tax system was shattered by the war, and by the fact that as a result of the Yalta Conference Poland was placed in the so-called "Eastern Bloc". It meant legal changes in the tax system according to the new formula of the state. Because of the political and economic transformation in 1990s and the accession to the EU, Polish tax law underwent further changes.

The aim of this paper is to look at the development of the tax law in Poland in order to draw some general conclusions concerning its importance in the process of building a free-market oriented capitalist economy.

The analysis will be based on a variety of legal acts ranging from 1920s until 2000s and critical views on the legal doctrine. This is believed to show the differences and similarities in the approach to the tax law in the pre-communist era, in the communist era, and in the post-communist era. Such study should provide an interesting outline of the historical development of the tax law in the state affected by its turbulent history. The influences of the political system on tax law in general will be analyzed, too. The most important part of the paper will be focused on the way the Polish tax system was being shaped in the aftermath of the end of the communist era, and if the experiences of pre-communist era were taken under consideration. The impact of the EU on national tax law will be considered in passing, too.

Thanks to such a structure of the paper, general comparative conclusions about the tax law existing in the aforementioned eras will be introduced. Such food for thought is meant to enable the reader to compare and contrast the Polish experiences with the experiences of the country of his origin.

Lie Not by the Law: From Eastern Bloc Legal Dissidence to Rule of Law Today

In the 1960s, 70s, and 80s in Russia, a group of dissidents fought back against the oppressiveness of the state by demanding that the government be accountable to its own laws. The dissidents' idea was that they would form a more humane and honest Soviet society, or, failing that, that they themselves would, as Solzhenitsyn famously said, "live not by the lie."¹

This idea was adopted elsewhere in the Soviet Union and the Eastern Bloc—specifically, in the Baltic States and in Poland. (This is not to say that other Eastern Bloc countries did not have dissident movements, but rather that theirs did not interact with Russia's as often or as vigorously.²) The difference, however, was that, while Russian "legal dissidents" sought to preserve their own individual dignity in holding the pre-existing state accountable to its own laws, the other dissidents went further. They sought to revive the dignity of their nation-states by presenting them as legalistic alternatives to Soviet rule. That is, they wanted to use laws not only to make the Soviet government observe of rights and norms, but also to gain independence from that government. They built a dissidence movement based on the argument that self-determined rule would be one, unlike its Soviet counterpart, based on Rule of Law.³

This paper will explore how these different movements emerged and interacted; why and how the differences in aims came to be; what the consequences of the variation in these goals were; and what this particular part of the Russian dissidence movement's past might mean for its future.

¹ Benjamin Nathans, "The Dictatorship of Reason: Aleksandr Vol'pin and the Idea of Rights Under Developed Socialism," *Slavic Review* 66 (2007).

² Natalia Gorbanevskaya, Personal interview, Nov. 2012.

³ Forschungstelle Osteuropa, Universität Bremen (Bremen), f. 185.

The Return of Former Forced Labourers to their Home Countries (the Cases of the Netherlands and Belarus)

The history of forced labour during WWII and its consequences is above all a history of the employment of foreigners, and thus of Europe-wide forced immigration in this period. Between 1939 and 1945, more than 13 million men, women and children were assigned to forced labour in the German Reich consisting of Germany, Austria and annexed territories.¹ Toward the end of the war, approximately one in four members of the labor force in the German Reich was a *Fremdarbeiter* or a prisoner of war. Additionally, there were several hundred thousand primarily foreign inmates from hundreds of concentration camps, as well as Jews from forced labor camps who were mainly compelled to perform labour in construction and the armament industry. Through the liberation by the Allies, the status of millions of forced labourers changed to the so-called 'displaced persons' or 'heimatlose Ausländer' as they were called by the German authorities. Sending all these people back home to their native countries was considered 'the most successful operation in postwar history', judging by the fact that as early as September 1945, eighty percent of the Western European and Polish former forced labourers had returned home.² However, both in the cases of the former Soviet Union and the Netherlands it was fraught with many difficulties, since in their native countries these people were under general suspicion of collaboration with the Germans.

The paper will be presenting the main findings from my ongoing Ph.D. project, which is meant to re-examine a number of debates about the impact of forced labour and migration during the Second World War on family and society, and to cast a new light on popular narratives. Its aim is to investigate how the repatriation of former forced labourers to their home countries was organized, how these people returned to 'normality' and rebuilt their lives back home after the war. Unlike most studies in this era to date, which have only focused on political discourse, administrative action and statistical trends, this research will draw on interviews with former forced labourers, diaries and other types of personal testimonies along with other archival sources in order to explore their experience in both public and private spheres.

The case studies from both Eastern and Western Europe offer a completely different perspective on the consequences of the war. The comparative perspective helps to bring into sharper focus the achievements and developments of both societies in the postwar period. While, clearly, the Netherlands and Belarus faced unique challenges during this time, my research also suggests that there is a similar pattern of development with regard to public representation of the past as well as certain individual experiences. Thus, it revises the overall picture of postwar Europe by pointing to much-neglected similarities as well as to the much-discussed considerable differences.

Literature

- Bessel, Richard and Dirk Schumann. *Life After Death : Approaches to a Cultural and Social History during the 1940s and 1950s*. Cambridge: Cambridge University Press, 2003.
- Bossenbroek, M. P. De Meelstrep. *Terugkeer En Opvang Na De Tweede Wereldoorlog*. Amsterdam: B. Bakker, 2001.
- Goschler, Constantin. *Schuld Und Schulden : Die Politik Der Wiedergutmachung Für NS-Verfolgte Seit 1945*. Göttingen: Wallstein, 2005.
- Herbert, Ulrich. *Hitler's Foreign Workers : Enforced Foreign Labor in Germany Under the Third Reich*. Cambridge; New York: Cambridge University Press, 2006.
- Jacobmeyer, Wolfgang. *Vom Zwangsarbeiter Zum Heimatlosen Ausländer : Die Displaced Persons in Westdeutschland, 1945-1951*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1985.
- Lagrou, Pieter. *The Legacy of Nazi Occupation : Patriotic Memory and National Recovery in Western Europe, 1945-1965*. Cambridge; New York: Cambridge University Press, 1999.
- Sijes, B. A. De Arbeidsinzet. 's-Gravenhage: Martinus Nijhoff, 1966.
- Spoerer, Marc. *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Dritten Reich und im besetzten Europa 1939-1945*. Stuttgart, München: Dva 2001.

¹ See Marc Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz: Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945* (Stuttgart, 2001).

² See Wolfgang Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer: Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951*, Göttingen, 1985, pp.82ff.

The transnationalization of national identities of the political parties in the CEE region since 1989

Political parties are one of the most important actors in the social discussion on political issues. In the political system, they represent people and their opinions as well as they significantly shape public discourses toward various issues. Therefore their identities and perceptions of certain issues as well as electoral support are important indicators about their states and citizens and the politics as such. Party identities are often tackling the issue of nationalism, national feelings together with political/social mobilisation against threats. These perceptions are not shaped in a vacuum but in the transnational context of the last 20 years.

The aim of the paper is to undertake the transnationalization of the political parties in the CEE region and their national identity perceptions with the special attempt. The main thesis of the paper is to analyze the convergence/divergence of political parties' perceptions in issues concerning national identity in the EU integration process. Therefore, I analyze the process of shaping national and identity issues of CEE countries in following context:

- macro-level of analysis – international cooperation of the researched parties in European parties and
- micro-level of analysis – transnational cooperation of the parties within the researched region in the context of Europeanization, respectively EU-accession process.

I am examining political parties in Central and Eastern Europe, the Czech Republic, Germany, Poland, and Slovakia with this special attempt. I am researching on relevant political parties and include non-parliamentarian, significant nationalistic and extreme right parties. I am qualitatively researching relevant election programmes and manifestos in the period from 1990 till 2012 to get the up to date picture about the identities and policies of the parties. My aim is to make comparisons in contemporary Central-East Europe: Can we define any similarities in national and identity definition? Are any of the specific country perceptions transferred to any other parties in the researched region? Or, is the threat of the nationalization of the Central-East European political scene a new common state of art of the current politics?

Diskurse vergleichen. Ein methodologischer Vorschlag

Die gegenwärtige Osteuropaforschung nimmt zunehmend Abstand von dichotomischen Interpretationen sowie von Kategorien der *nationalen Besonderheiten* und fragt stattdessen nach Ordnungsvorstellungen der osteuropäischen Gesellschaften. Eine besondere Bedeutung kommt den Mechanismen der Aushandlung, Verfestigung und Zerstörung der sozial-politischen Ordnung in Geschichte und Gegenwart zu.

Diskursanalysen gehören dabei zu populären Vorgehensweisen. Doch es stellt sich das Problem, wie Diskursanalysen – die oft in einem bestimmten, klar abgegrenzten räumlichen, zeitlichen und sprachlichen Kontext durchgeführt werden – für Vergleichsstudien operationalisiert werden können.

In dem Beitrag wird eine Methode vorgeschlagen, die für Vergleichsanalysen anwendbar sein kann. Sie basiert auf der Diskurstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe.¹ Diskurse werden hier als alternative Vorschläge für die Gestaltung der politischen (religiösen, sozialen) Ordnung verstanden. Nach Mouffe/Laclau wird angenommen, dass nur eine der Alternativen in der Praxis von einem souveränen Subjekt verwirklicht werden kann – und dieser Diskurs wird zu einem hegemonialen. Die Entscheidung des souveränen Subjektes führt immer zu neuen Konflikten, zu einer Neustrukturierung der diskursiven Alternativen, zu Veränderungen der Identitäten von Subjekten, die die Diskurse repräsentieren und schließlich zu Veränderungen der hegemonialen Verhältnisse. Eine Analyse dieser dynamischen Prozesse kann also um die Beantwortung folgender Fragen aufgebaut werden:

- Welcher Diskurs hat im Ausgangspunkt der Analyse die Hegemonie?
- Welche alternativen Möglichkeiten für die Gestaltung der politischen (religiösen, sozialen) Ordnung gibt es sonst im untersuchten Zeitraum?
- Welche Entscheidung wird vom hegemonialen Subjekt getroffen, welcher Vorschlag wird also ausgewählt und verwirklicht?
- Zu welchen Konflikten führt diese Entscheidung?
- Welche Folgen haben diese Konflikte, welche Veränderungen in den Identitätskonstruktionen und den hegemonialen Verhältnissen finden statt?
- Welche Lücken der politischen (religiösen, sozialen) Ordnung werden dadurch sichtbar?
- Wie verändern sich in diesem Prozess die Vorschläge für die Gestaltung der politischen (religiösen, sozialen) Ordnung?
- Welche Entscheidung trifft das hegemoniale Subjekt, um die neuen Lücken der Ordnung zu füllen, welcher Vorschlag wird ausgewählt und verwirklicht?
- Zu welchen Konflikten führt diese Entscheidung? Usw.

Dieses Modell analysiert also Diskurse nicht nur als Texte oder mündliche Überlieferungen, sondern immer im Zusammenhang mit konkreter diskursiver Praxis, da davon ausgegangen wird, dass Diskurse die Wirklichkeit nicht nur beschreiben, sondern auch mitgestalten.

Die Analyse konzentriert sich somit nicht auf Unterscheidungen zwischen *östlichen* und *westlichen* Diskursen. Es geht auch nicht um die Übernahme der *westlichen* Diskurse durch den *Osten* oder um Gegensätze zwischen *traditionellen* und *modernen* Diskursen. Von besonderem Interesse ist hier stattdessen der Zugang zu den jeweiligen „Sinnwelten“², also Vorstellungen über die eigene Identität und über die Ordnung, in der man gerne leben würde. Im Mittelpunkt stehen also solche Fragen wie: Welche Hierarchien gibt es in der jeweiligen Gesellschaft, welche Lebensvorstellungen und -realitäten, welche Erfahrungen und Erwartungen? Warum ist die Akzeptanz für verschiedene Ordnungen in den Gesellschaften unterschiedlich? Wo verläuft die Grenze zwischen der als gerecht oder als ungerecht,

¹ Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien 1991; Mouffe, Chantal: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main 2007.

² Thomas Lindenberger: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung. In: Ders. (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln u.a. 1999, S. 13-44, hier S. 13-14.

einheimisch oder fremd wahrgenommenen Herrschaft? Warum und wann erscheinen den Menschen die Ordnungen als sinnvoll oder nicht sinnvoll? Lassen sich hier bestimmte Wiederholungsstrukturen feststellen? Und wie verändern sich Diskurse in Krisensituationen?

Gleichzeitig liegt der Schwerpunkt der Analyse nicht nur auf der Ideenwelt, sondern auch auf konkreten Handlungsakten, die sich aus Konflikten um Wirklichkeitsdeutungen ergeben bzw. diese Konflikte hervorrufen.

Eine systematische Beantwortung der hier präsentierten Fragenkette kann sich für Vergleichsstudien als hilfreich erweisen. Sie ermöglicht nicht nur Vergleiche unter osteuropäischen Ländern, sondern auch Ost-West-Vergleiche, die zu einer kritischen Hinterfragung mancher Elemente der Ost-West-Unterscheidung führen könnten.

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Anisimova, Natalia	Universität Regensburg Natalia.anisimova@jura.uni-regensburg.de
Arnold, Dirk	Universität Greifswald dirk.arnold@uni-greifswald.de
Bashirova, Malika	Kirgisisch-Russisch Slawische Universität Bischkek, Kirgisistan bashirovamalika@gmail.com
Bonn, Lisa	Universität Göttingen lisa.bonn@sowi.uni-goettingen.de
Brad, Alina	Universität Wien alina.brad@univie.ac.at
Castro Herrero, Laia	University of Zurich, Switzerland laia.castroherrero@uzh.ch
Engesser, Sven	University of Zurich, Switzerland s.engesser@ipmz.uzh.ch
Fomin, Anton	Lomonossov-Universität, Moskau fominanton85@mail.ru
Göls, Cornelia	Universität Wien cornelia.goels@univie.ac.at
Hopmann, David Nicolas	University of Southern Denmark, Denmark dnh@sam.sdu.dk
Illiushchenia, Katharina	Universität Hamburg KIlliushchenia@gmail.com
Iovenko, Artem	Universität Jena artem.iovenko@uni-jena.de
Javorics, Daniela	Universität Wien/ Andrassy Uni Budapest javorics@yahoo.de
Jürgens, Anne	Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg anne.juergens@uni-heidelberg.de
Koschkar, Martin	Universität Rostock martin.koschkar@uni-rostock.de
Kouli, Yaman	Technische Universität Chemnitz Yaman.Kouli@phil.tu-chemnitz.de
Kozlov, Vladimir	National Research University Higher School of Economics kozloww@gmail.com
Kufenko, Vadim	Universität Hohenheim vkufenko@gmail.com
Kusmane, Agnese Sofija	Brandenburgische Technische Universität kusmane@gmail.com
Libman, Alexander	Frankfurt School of Finance & Management a.libman@fs.de
Lisek, Grzegorz	Universität Greifswald grzegorz.lisek@stud.uni-greifswald.de

Neugebauer, Carola S.	Technische Universität Dresden c.s.neugebauer@gmx.de
Nestler, Christian	Universität Rostock christian.nestler@uni-rostock.de
Plank, Christina	Universität Wien christina.plank@univie.ac.at
Ploch, Magdalena	WWU Münster Ploch.Magdalena@uni-muenster.de
Pohlan, Irina	Universität Mainz/Germersheim pohlani@uni-mainz.de
Rachmann, Anastasia	Friedrich-Alexander Uni Erlangen-Nürnberg anastasia.rachmann@gmx.de
Rämmler, Stefanie	Universität Leipzig raemmler@rz.uni-leipzig.de
Schnellbach, Christoph ¹	Andrássy Universität Budapest schnellbach@daad-alumni.de
Schultz, André	Frankfurt School of Finance & Management a.schultz@fs.de
Somfalvy, Esther	Bremen International Graduate School of Social Sciences somfalvy@bigsss-bremen.de
Szczepański, Jan Karol	Adam Mickiewicz University in Poznań Poland jan.szczepanski@amu.edu.pl
Tamkin, Emily	Universität Bremen emilyctamkin@gmail.com
Vaitulevich, Tatsiana	Universität Göttingen tatsiana_vaitulevich@web.de
Vít, Michal	Universität Leipzig vit.michal@yahoo.com
Zagańczyk-Neufeld, Agnieszka	Universität Bochum zaganczyk-neufeld@web.de

Herausgegeben von

Buschmann, Anna	Humboldt-Universität zu Berlin anna.buschmann@agrar.hu-berlin.de
Buß, Björn	Leuphana Universität Lüneburg Bjoern.Buss@uni.leuphana.de
Nele, Quecke	Ludwig-Maximilians-Universität München Nele.Quecke@gsi.uni-muenchen.de
Unsere facebook-Seite	https://www.facebook.com/JOE.Tagung
Unser twitter-Account	https://twitter.com/joe_tagung

¹ Dr. Christoph Schnellbach ist Junior Visiting Research Fellow am Donau-Institut für Interdisziplinäre Forschung der Andrássy Universität Budapest im Rahmen des TÁMOP-Projekts Nr. 4.2.2/B-10/1-2010-0015